

forum



**Wenn Lehrkräfte fehlen,
muss auch die Bezahlung rauf!
Tarifrunde 2019 JETZT vorbereiten!**

Liebe Kolleg*innen!

In der letzten „forum“-Ausgabe hatten ihr die Möglichkeit, einen Fragebogen des „Geschäftsführenden Vorstands“ (GfV) der GEW Köln zum Thema „Arbeitsbelastung“ auszufüllen und an uns zurückzusenden. Aktuell beschäftigen sich GfV-Mitglieder mit der Auswertung dieser Erhebung, an der sich über 400 Kolleg*innen beteiligt haben. Die Ergebnisse werden wir dann in der Ausgabe 4-2018 präsentieren. Vielen Dank an alle, die sich hierzu eingebracht haben! Überaus erfreulich zu bemerken ist darüber hinaus, dass bei einem guten Dutzend an Rückmeldungen auch das Interesse an aktiver Mitarbeit in den Gremien der Kölner GEW bekundet worden ist. Die Kolleg*innen sind bereits zu einem entsprechenden Treffen eingeladen worden.

Das aktuelle „forum“ beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit der Vorbereitung der Tarifrunde der Landesbeschäftigten (TV-L), die im Frühjahr 2019 ansteht und alle Lehrkräfte, Sozialpädagog*innen, Hochschulbeschäftigten nu.a. betrifft, die im Angestelltenverhältnis beschäftigt sind. In der Rubrik TITELTHEMA bieten wir dazu einen Artikel eines Kollegen aus dem „Arbeitskreis angestellte Lehrkräfte“, eine allgemeinere Einschätzung der Lage sowie einen Bericht über die Erfahrungen, die Lehrer*innen in den USA gemacht haben. Dort wurden teilweise äußerst erfolgreiche Streiks durchgeführt, obwohl den Kolleg*innen in den jeweiligen Bundesstaaten juristisch eigentlich gar nicht erlaubt ist Arbeitskämpfe zu führen.

Aber auch aus Kölner Schulen haben uns positive Nachrichten erreicht: An zwei großen Gesamtschulen haben die Lehrer*innen gezeigt, dass koordiniertes Handeln von Erfolg gekrönt sein kann. Im einen Fall wurden Verbesserungen bei der Ausstattung mit Sonderpädagog*innen erreicht, im anderen Fall konnten schulinterne strukturelle Verschlechterungen zurückgewiesen werden, weil sich das Kollegium zunächst außerschulisch zu einer Lehrerversammlung zusammengefunden hat, um sich dann planvoll in einer Lehrerkonferenz gegen diese Pläne zur Wehr setzen zu können. Beide Beispiele zeigen, dass ein gemeinsames Vorgehen der Kolleg*innen zumindest zur Abwehr von weiteren Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führen kann – und sie können als Orientierungspunkt für andere Schulen und pädagogische Einrichtungen dienen.

Weil das Thema „Datenschutz“ weiterhin vielerorts Anlass zu Diskussionen bietet, findet sich in der Rubrik DIGITALISIERUNG ein aktueller Hinweis dazu (auch zum Thema „LOGINEO“) und eine grundsätzliche Betrachtung zur Frage, welchen Nutzen „digitales Lernen“ haben mag.

Desweiteren bietet die Rubrik AUS DEN GREMIEN Rückberichte von gelaufenen Veranstaltungen, ein Update aus der Fachgruppe KITA zum aktuellen Stand der KIBIZ-Verhandlungen, einen Artikel des Arbeitskreises „Homosexuelle Lehrkräfte“ wie auch ein Interview zur Arbeit der Fachgruppe „Sozialpädagogische Berufe/Kita“.

In der Rubrik AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN finden sich wie gewohnt zahlreiche Rückberichte von Aktivitäten und Einladungen zu kommenden Exkursionen. Ein großes Dankeschön an die äußerst aktiven Kolleg*innen im Ruhestand!

Ergänzend zum Artikel über den momentanen Rechtsruck (Rubrik GESELLSCHAFT) müssen wir an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass der „Kölner Flüchtlingsrat“ nur beratend tätig werden kann, wenn es um Anliegen von Geflüchteten geht, die in der Stadt Köln gemeldet sind.

Wir wünschen euch allen einen guten Start ins neue Schul- und Kita-Jahr und verbleiben angesichts der anstehenden Tarifrunde zum TV-L vor dem Hintergrund des akuten Lehrermangels mit der Suggestivfrage: „Wann, wenn nicht jetzt?“

Es grüßt euch eure „forum“-Redaktion

forum 3-2018

| | |
|---|----|
| In Kürze | 04 |
| Kalenderblatt | 06 |
| Kontakte | 07 |
| TITEL | 08 |
| DIGITALISIERUNG | 14 |
| KOMMUNAL | 16 |
| AUS DEN GREMIEN | 18 |
| Fachgruppe Kita | 20 |
| Fachgruppe Junge GEW | 21 |
| Arbeitskreis Homosexuelle Lehrkräfte | 22 |
| Fachgruppe Förderschule/ sonderpädagogische Berufe | 23 |
| Arbeitskreis LEMK | 24 |
| GESELLSCHAFT | 28 |
| INTERNATIONALES | 32 |
| RECHT | 33 |
| JUBILARFEST | 34 |
| NACHRUF | 36 |
| Aktive Ruheständler*innen | 37 |



Auf den Internetseiten www.gew-koeln.de oder auf ww.gew-nrw.de sind weitere aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln

Bezugspreis: 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug
im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Leserbriefe geben nicht in jedem
Fall die Meinung der Redaktion
wieder.

Redaktion: Eva Hering, Guido
Schönian (verantw. Redakteur),

Jutta Jilg, Stefan Schüller

Geschäftsstelle:
Montag, Dienstag, Donnerstag
10.00 Uhr bis 16.00 Uhr
Mittwoch, 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr
Freitag 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr

Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de

Konto: BBBank eG
IBAN
DE93 6609 0800 0000 8831 07

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:
Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln
Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln

Titelfoto: GEW Köln

**Redaktionsschluss nächste
Ausgabe:** Ausgabe 4/2018
Redaktionsschluss: 12.10.2018
Erscheinungstermin: 26.11.2018



Sozialpädagogik - Grundschule - Schuleingangsphase

Montag, 10. September 2018 um 18 Uhr
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Tagungsraum (EG)

Sie haben Fragen zur Sozialpädagogik in der Grundschule im Bereich der Schuleingangsphase?

- Einsatz/Aufgabenbereiche/Tätigkeitsschwerpunkte
- Bezahlung/Verträge
- Sozialpädagogische Kompetenz

Herzliche Einladung an alle ‚alten‘ und neuen Sozialpädagog*innen, Grundschullehrer*innen und Schulleitungen: Anmeldungen unter: kontakt@gew-koeln.de

Neues im Schuljahr 2018/19

Die Fachgruppe Grundschule lädt herzlich zu einem ersten Erfahrungsaustausch im neuen Schuljahr 2018/19 ein.

Mittwoch, 12. September 2018 um 18.30 Uhr
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG)

Wir freuen uns auf euch, eure Anregungen, Fragen aus den Schulen und einen regen Austausch.

EINLADUNG

Workshop: Überzeugend reden im Vortrag

Wie lassen sich Informationen und Sachverhalte in Vorträgen überzeugend und lebendig darstellen?

Hauptthema dieses Workshops ist die Rhetorik, das heißt die Lehre der überzeugenden und wirkungsvollen Rede. Dabei geht es in diesem Workshop nicht um die Gestaltung von anschaulichen PowerPoint-Präsentationen, sondern um die Kunst der Rede. Die Teilnehmer*innen erhalten Tipps und Hinweise, wie sie ihre eigenen Redebeiträge lebendig und interessant gestalten können und probieren kurze Sequenzen direkt im Workshop aus. Themenschwerpunkte sind Rhetorik, Struktur der Rede und Stimmvielfalt. Den Workshop leitet Claudia Timpner, sie arbeitet als Kommunikationstrainerin, Schauspielerin sowie Rednerin und ist auf Auftrittscoaching spezialisiert (www.kreativ-impulse.de).

Donnerstag, 27. September 2018, von 17 Uhr bis 20 Uhr DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG)
Der Workshop findet statt auf Initiative der Fachgruppe Gymnasium und ist für alle Interessierte offen. Eine Anmeldung ist wegen der begrenzten Teilnehmerzahl erforderlich an: kontakt@gew-koeln.de

Die Teilnahmegebühr für Nichtmitglieder beträgt 30 Euro, für GEW-Mitglieder, Referendar*innen und Studierende ist die Teilnahme kostenlos.

EINLADUNG ZUM INFORMATIONENABEND

Personalrat – eine Aufgabe für mich?

2019 wird die GEW ihre Listen mit den Kandidat*innen für die nächsten Personalratswahlen aufstellen. Allen, die Interesse an Personalratsarbeit haben, möchten wir dazu eine Informationsveranstaltung anbieten. Zunächst wird in einer Einführung die Arbeit eines Personalrats vorgestellt.

Von jeder Schulform werden Personalratsmitglieder anwesend sein, sodass nach dem Informationsteil auch einen persönlichen Kennenlernen und Befragen in kleinen schulformbezogenen Gruppen möglich ist.

Wann und Wo?
Dienstag, den 13. November 2018 um 18.00 Uhr
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1 (Bahnhof Köln-West/U-Bahn-Linien 3,4,5 – Haltestelle: Hans-Böckler Platz

Eine Anmeldung ist erforderlich an: kontakt@gew-koeln.de

Jeder und jede, der/die sich dafür interessiert oder vielleicht auch im Personalrat aktiv mitarbeiten möchte, ist herzlich eingeladen!

Weltlehrertag

Der Arbeitskreis Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrantenkinder (AK LEMK) feiert den **Weltlehrertag am Freitag, den 5. Oktober 2018 ab 18 Uhr, im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Jugendraum (im Hinterhof), mit Essen, Getränken und musikalischen Beiträgen**. Zur Vorbereitung benötigen wir eine kurze Anmeldung (an: Hasan Taşkale, E-Mail: taschkale@gmx.de).

Seit 1994 wird der Weltlehrertag jährlich am 5. Oktober begangen – im Gedenken an die „Charta zum Status der Lehrerinnen und Lehrer“, die 1964 von der UNESCO und der ILO angenommen wurde. Seit damals heißt das Ziel: qualifizierte Lehrer*innen für eine qualifizierte Bildung.

Die Bildungsinternationale, die mehr als dreißig Millionen Lehrkräfte vertritt, setzt sich für die weltweite Durchsetzung der „Charta zum Status der Lehrkräfte“ ein. Mit weltweiten Veranstaltungen und Aktionen soll dieser Tag auf die besondere Bedeutung des Lehrerberufs für die Bildung und die individuelle und gesellschaftliche Entwicklung hinweisen und den Lehrer*innen die notwendige Unterstützung zukommen lassen.

Die GEW ist eine von über vierhundert Mitgliedergewerkschaften der Bildungsinternationale und beteiligt sich regelmäßig am Weltlehrertag und den internationalen Aktivitäten zum 5. Oktober.

„Reicht die Rente für HSU-Lehrkräfte?“

Referat und Rentenberatung
Veranstaltung mit Jürgen Gottmann

Montag, 29. Oktober 2018 von 17 Uhr bis 20 Uhr
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1

kostenlos für GEW-Mitglieder, 10 Euro für Nicht-Mitglieder
Veranstalter: Arbeitskreis Lehrer*innen und Erzieher*innen von Migrantenkinder (AK LEMK) Um eine kurze Anmeldung wird gebeten: kontakt@gew-koeln.de

WIR LADEN EIN ZUR VORTRAGS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) in der Kommune - weder billiger noch schneller oder besser

Hunderte maroder Schulen gammeln in Köln vor sich hin, Kitaplätze fehlen. Die Gebäudewirtschaft ist personell so heruntergewirtschaftet, dass Neubau und Sanierung von Schulen und Kitas hinterherhinken. Da scheint die Privatwirtschaft der Retter in der Not. Die Stadt Köln hat kürzlich drei ÖPP-Verträge für den Schulbau abgeschlossen.

Kritiker*innen warnen dagegen: ÖPP-Projekte seien zu teuer, riskant und langwierig.

Was steckt hinter den verschiedenen Formen der Vergabe von öffentlichen Aufgaben an Private und wie kann mensch sich dagegen wehren. Darüber möchten wir an dem Abend informieren und miteinander diskutieren.

Referenten:

Dr. Werner Rügemer

Publizist, Buchautor u. a. „Heuschrecken im öffentlichen Raum. Public Private Partnership - Anatomie eines globalen Finanzinstruments“

Joachim Fritz

Dipl.-Informatiker, Autor der Stellungnahme „Bewertung der wirtschaftlichen Machbarkeitsstudie der ÖPP-Deutschland“ zum Kölner Großmarkt

Montag, den 1. Oktober 2018 um 18.30 Uhr

im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1
Bahnhof Köln-West/U-Bahn-Linien 3, 4, 5 -
Haltestelle: Hans-Böckler Platz

Eine gemeinsame Veranstaltung des Kölner Bündnisses für gerechten Welthandel und der GEW Stadtverband Köln.

EINLADUNG ZUR VORTRAGS- UND DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Change Management: Wie Veränderungen an Schulen gezielt gesteuert werden

Referent: Dr. Matthias Burchardt, Universität zu Köln

Dr. Matthias Burchardt lehrt und forscht an der Universität zu Köln. Er ist Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Wissen und Bildung e. V. und ausgewiesener Kritiker der gegenwärtigen Bildungspolitik.

Nach Burchardt werden bereits seit Mitte der 1990er Jahre im Rahmen einer Politik der Ökonomisierung der Bildung neue Steuerungsinstrumente eingesetzt. Maßnahmen und Indikatoren dieses Prozesses sind u.a. die Einführung von Evaluation und Schulprogrammen/Schulprofilbildung, Kompetenzorientierung, Standardisierung und Zentralisierung von Leistungstests, der zunehmende Einfluss von privaten Akteuren, Dezentralisierung von Verantwortung ohne ausreichende Ressourcen (Finanzen etc.), permanenter Veränderungszwang.

Die gezielte Steuerung von Veränderungsprozessen im System Schule ist auch fester Bestandteil der Qualifizierung von Schulleitungen. Im Hintergrund stehen dabei u.a. die Erkenntnisse der Gruppendynamik, dass Veränderungen durch subtilen unsichtbaren Gruppendruck einfacher durchgesetzt werden können. Die Kenntnis solcher Prozesse ist die Voraussetzung dafür, die demokratische Kultur der Entscheidungsfindung von Lehrkräften, Eltern und Schüler*innen an den Schulen zu ermöglichen.

Linksrheinische Veranstaltung: Dienstag, 11. September 2018 um 17 Uhr, Jugendgästehaus Riehl, An der Schanz 14, 50735 Köln (U-Bahn-Linie 18 – Haltestelle: Boltensternstraße)

Rechtsrheinische Veranstaltung: Dienstag, 25. September 2018 um 17 Uhr, Werner-von-Siemens-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18, 50679 Köln-Deutz (U-Bahn-Linien 1 und 9 – Haltestelle: Deutz-Kalker Bad/TH)

Eine kurze Anmeldung ist erwünscht an: kontakt@gew-koeln.de

Supervisionsangebot

Ob Lehrkraft oder Erzieher*in, ob Berufsanfänger*in oder ‚alter Hase‘ - viele empfinden sich oft als Einzelkämpfer*in und sind bemüht, Schwierigkeiten allein und fehlerfrei zu bewältigen. Ob Unsicherheit, Unzufriedenheit mit sich selbst, Probleme im Umgang mit Kindern oder den Vorgesetzten mit ihren beruflichen Sorgen bleiben Kolleg*innen häufig allein.

Insbesondere Referendar*innen und Berufsanfänger*innen fühlen sich einem hohen Erwartungsdruck ausgesetzt und stehen im Rahmen ihrer dienstlichen Beurteilungen in einem besonderen Abhängigkeitsverhältnis. Aber auch das Gefühl, von den Kolleg*innen als „Anfänger*in“ kritisch beäugt zu werden, führt oft zu Unsicherheiten und Belastungen. Gerade auch für diese Gruppe soll das Supervisionsangebot der GEW eine Unterstützung darstellen.

In der Supervision werden berufliche Probleme aufgegriffen, um dann gemeinsam in der Gruppe nach Lösungen zu suchen. Durch die Reflektion des eigenen Handelns erfahren Kolleg*innen Stärkung in ihrer beruflichen Rolle sowie persönliche Entlastung. Darüber hinaus fördert die kollegiale Diskussion einen leichteren Umgang mit problematischen Kindern und hilft bei Problemen im Team. Damit leistet die Supervision einen wesentlichen Beitrag zu einer höheren Arbeitszufriedenheit.

Der Stadtverband Köln der GEW bietet Supervisionsgruppen an, die sich alle 3-4 Wochen jeweils dienstags treffen. Die genauen Termine werden mit den Teilnehmer*innen und dem Supervisor jeweils für 4 Termine beim 1. Treffen vereinbart.

Kosten für 4 Termine: GEW-Mitglieder 40 Euro (Nichtmitglieder 80 Euro).

Moderiert werden die Gruppen von Frank Schneider (Systemischer Supervisor (SG) und IBSO-Köln und Lehrer in der Erzieher*innen-Ausbildung).

Melden Sie sich einfach bei uns (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de) und nutzen Sie das sehr günstige Angebot des Stadtverbands Köln der GEW zur Supervision - verschaffen Sie sich den Über-Blick!

WANN, WO, WAS, WER ... Termine im Überblick



Wenn nicht anders angegeben finden alle Termine im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, statt.

SEPTEMBER 2018

03.09.2018, 18 Uhr, Tagungsraum (EG)
Ausschuss Angestellte Lehrkräfte

03.09.2018, 18 Uhr, GEW-Besprechungsraum (1. OG)
AK LEMK

03.09.2018, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Junge GEW

10.09.2018, 18 Uhr, Tagungsraum (EG)
Sozialpädagogik in der Grundschule
Schuleingangsphase,
FG Grundschule

10.09.2018, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
FG Kita

11.09.2018, 17 Uhr
„Change Management: Wie Veränderungen an Schulen gezielt gesteuert werden“,
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit
Dr. Matthias Burchardt, Universität zu Köln
Vortragssaal Jugendgästehaus Riehl, An der Schanz 14, 50735 Köln-Riehl

12.09.2018, 17.30 Uhr, Biozentrum der Universität zu Köln, Zülpicher Straße 47b, Raum 2.009, **FG Hochschule und Forschung**

12.09.2018, 18.30 Uhr, Großer Saal (1. OG)
„Neues im Schuljahr 2018/19“, **FG Grundschule**

14.09.2018, 14 Uhr, Tagungsraum (EG)
FG Erwachsenenbildung

19.09.2018, 17.30 Uhr, Tagungsraum (EG)
Erweiterter Vorstand der GEW Stadtverband Köln
(mitgliederöffentlich)

20.09.2018, 19.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Wahl des Fachgruppenvorstandes/Themenplanung für das neue Schuljahr,
FG Sonderpädagogische Berufe

21.09.2018, 14.50 Uhr
Besichtigung des Gestüts Röttgen, Haupteingang Eiler Straße 10, Köln-Rath, **Aktive Ruheständler*innen**

25.09.2018, 9.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
„Gefährdungsbeurteilung“, **AK Betriebsräte**

25.09.2018, 17 Uhr
„Change Management: Wie Veränderungen an Schulen gezielt gesteuert werden“,
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit
Dr. Matthias Burchardt, Universität zu Köln, Werner-von-Siemens-Berufskolleg, Eitorfer Str. 18, 50679 Köln-Deutz

27.09.2018, 17 Uhr, Großer Saal (1. OG)
Workshop: „Überzeugend reden im Vortrag“ mit **Claudia Timpner**

OKTOBER 2018

01.10.2018, 18.30 Uhr, Großer Saal (1. OG)
„Öffentlich-Private-Partnerschaft (ÖPP) in der Kommune – billiger und schneller?“
Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit
Dr. Werner Rügemeier und Joachim Fritz

01.10.2018, 18 Uhr, GEW-Besprechungsraum (1. OG)
AK LEMK

01.10.2018, 18 Uhr, Tagungsraum (EG), **AK OGS**

01.10.2018, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Montags-Meeting der Jungen GEW

04.10.2018, 17 Uhr, Tagungsraum (EG)
Workshop: „Unternehmerisches oder solidarisches Team“ mit **Stephan Siemens**

04.10.2018, 19 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG)
AK Homosexuelle Lehrkräfte

05.10.2018 – **Weltlehrertag**
Aktionen gegen prekäre Beschäftigungsbedingungen im Bildungsbereich (GEW-Webseite beachten)

05.10.2018, 18 Uhr, Der **Arbeitskreis LEMK** feiert den Weltlehrertag im Kölner DGB-Haus, Jugendraum (im Hinterhof), mit Essen, Getränken und musikalischen Beiträgen.

08.10.2018, 18 Uhr, Jugendraum (Hinterhof)
Ausschuss Angestellte Lehrkräfte

08.10. – 12.10.2018
GEW Aktionswoche Inklusion (GEW-Webseite beachten)

10.10.2018, 17 Uhr, Großer Saal (1. OG)
Bewerbungstraining mit Simulation (**Schwerpunkt Gy/Ge**)

10.10.18, 17.30 Uhr, TH Köln, Campus Südstadt, Ubierring 48, Raum 207/208,
FG Hochschule und Forschung

Herbstferien NRW 15. - 26. Oktober 2018

19.10.2018, 11.00 Uhr, Severinstorburg, Chlodwigplatz Führung: „Von Beginen und Bayenamazonen - Frauengeschichte im „kölschesten“ Veedel, **Aktive Ruheständler*innen**

29.10.2018, 17 Uhr, Tagungsraum,
„Reicht die Rente für HSU-Lehrkräfte?“
Referat und Rentenberatung mit Jürgen Gottmann,
AK LEMK

NOVEMBER 2018

05.11.2018, 18 Uhr, Großer Saal (1. OG),
Forderungsdiskussion zur Tarifrunde
2019, **Ausschuss Angestellte Lehrkräfte**

05.11.2018, 18 Uhr, Jugendraum (Hinterhof), **AK LEMK**

05.11.2018, 18.30 Uhr, kleines Sitzungszimmer (1. OG) **Junge GEW**

07.11.2018, 17.30 Uhr, Großer Saal (1. OG)
Erweiterter Vorstand der GEW Stadtverband Köln (mitgliederöffentlich)

12.11.2018, 9 Uhr, **Lehrerräte-Fortbildung**, Basisqualifikation für Grundschulen (Anmeldung über GEW NRW: www.gew-nrw.de/fortbildungen oder svenja.tafel@gew-nrw.de)

12.11.2018, 18.30 Uhr, GEW-Besprechungsraum (1. OG), **FG Kita**

13.11.2018, 18 Uhr, Großer Saal (1. OG)
Informationsabend: „**Personalrat – eine Aufgabe für mich?**“ für Interessierte aller Schulformen an der Personalratsarbeit mit Personalrät*innen aller Schulformen

14.11.2018 **Tarifpolitische Konferenz NRW**

14.11.2018, 17 Uhr, Großer Saal (1. OG)
„Wege in den Ruhestand“ für
Beamt*innen mit **Jürgen Gottmann**

14.11.2018, 17.30 Uhr, Biozentrum der Universität zu Köln, Zülpicher Straße 47b, Raum 2.009, **FG Hochschule und Forschung**

15.11.2018 **GEW NRW Aktionstag JA13**
zur gleichen Bezahlung von Lehrkräften in Düsseldorf

15.11.2018, 11.15 Uhr, U-Bahn-Haltestelle: Kalk-Post, Besichtigung des Atomschutzbunkers, **Aktive Ruheständler*innen**

17.11.2018, 10 Uhr bis 16 Uhr, DGB-Haus
Fortbildungstag der **Jungen GEW** (Genauere Infos sind ab Ende September auf unserer Homepage www.gew-koeln.de nachzulesen.)

**21.11.2018, 18 Uhr, Großer Saal (1. OG)
Mitgliederversammlung der GEW Stadtverband Köln mit Delegiertenwahl zum Gewerkschaftstag NRW 2019**

22.11.2018, 18 Uhr, Großer Saal (1. OG)
„Wege in den Ruhestand“ für Beschäftigte im sozialpädagogischen Bereich (Kita) mit **Jürgen Gottmann**

AK Homosexuelle Lehrer*innen
Ziele der Gruppe sind gleichermaßen Erfahrungsaustausch über die Situation an der Schule und (bildungs-)politische Arbeit. Zu beiden Arbeitsfeldern treffen wir uns außerhalb der Schulferien an jedem ersten Donnerstag oder Freitag im Monat meist um 19 Uhr.

Arbeitsgremien zum Mitmachen!

FACHGRUPPEN

Jedes Mitglied ist aufgrund seines Tätigkeitsfeldes einer Fachgruppe zugeordnet. Die Fachgruppen vertreten die Interessen ihrer Mitglieder und unterstützen die Kolleg*innen.

BERUFSSKOLLEG

Jörg Buschmann, 01577-9039204,
joerg.buschmann@gew-nrw.de

Thomas Wessler, 0241-911326,
thomaswessler@arcor.de

ERWACHSENENBILDUNG

Max-Georg Beier, 0221-361812,
maxbeier@hotmail.com

Sandra Langer,
lesen.bildet@gmx.de

Klaus Mautsch,
klaus@mautscherholz.de

GESAMTSCHULE

Peter Heim, 0221-743094,
peter.heim@posteo.de

Werner Balfer, 0221-745180,
w.balfer@posteo.de

GRUNDSCHULE

Martina Schütte,
schuettemartina@web.de

Anke Bieberstein, 0221-213788,
a.bieberstein@arcor.de

GYMNASIUM

Dr. Alexander Fladerer, 0221-4305633,
fladerer@ish.de

Heike Wichmann, 0221-422354,
heike.wichmann@gmx.net

Andreas Haenlein,
0221-9458678,
andreas.haenlein@yahoo.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

Skeide_Panek@web.de

HAUPTSCHULE

Karin Distler, 0221-3981291,
karin.distler@gmx.net

Claudia Seidel, claudia.seidel1209@googlemail.com

HOCHSCHULE UND FORSCHUNG

Anne Klein,
anne.klein@uni-koeln.de

REALSCHULE

Maria Backhaus, 0221-16932167,
mariabackhaus@netcologne.de

Katrin Reininghaus, 0221-331647,
katrin.reininghaus@online.de

Elke Görgen-Schmickler, 0221-419327,
elkegoergen@web.de

FÖRDERSCHULE/ SONDERPÄDAGOGISCHE BERUFE

Heiner Brokhhausen, 02227-830567,
heinerbro@web.de

Esther Brandt, 02204-305784,
post@esther-brandt.de

SOZIALPÄDAGOGISCHE BERUFE/KITA

Brunhilde Seeber,
brunhilde.seeber@icloud.com

AUSSCHÜSSE

Ausschüsse bieten Foren für diejenigen, die sich für die Belange einer bestimmten Personengruppe einsetzen möchten.

AKTIVE RUHESTÄNDLER*INNEN

Helga Löbbert, 0221-7123869,
klein-loebbert@netcologne.de

Silke Weinberger-Brümmer,
0221-763379,
nc-weinbesi2@netcologne.de

ANGESTELLTE LEHRKRÄFTE

Hildegard Achilles, 0221-2778448,
abhikachilles@web.de

Christina Krautwurst,
christinakrautwurst@gmx.de

Gudrun Skeide-Panek,
02232-29833,
skeide_panek@web.de

Peter Heim, 0221-743094,
peter.heim@posteo.de

HOMOSEXUELLE LEHRKRÄFTE

Bodo Busch, 0221-9232930,
bodo.busch@netcologne.de

Björn Kiefer, 0170-9913326,
b.kiefer1@gmx.de

JUNGE GEW/STUDIERENDE

Martin Mackenbach,
martin.mackenbach@gew-nrw.de

Anneka Hündgen,
hib-koeln@gew-nrw.de

LEHRER*INNEN UND ERZIEHER*INNEN VON MIGRANTENKINDERN (LEMK)

Beate Kleifgen,
beatekleifgen@web.de

Hasan Taşkale, 02204-55869,
taschkale@gmx.de

Mustafa Ayrtır (HSU),
0172-7536269,

ayirtir_mustafa@hotmail.de

Helma Rohm-Schnak,

helnorosch@unitybox.de

OFFENER GANZTAG

Hildegard Merten, 0221-526722,
hi.merten@web.de

Max-Georg Beier, 0221-361812,
maxbeier@hotmail.com

ARBEITSKREISE
Arbeitskreise ermöglichen den kollegialen Erfahrungsaustausch zu aktuellen berufsbezogenen und sozialpolitischen Themen.

INKLUSION

Uschi Kellermann, 0221-16846200,
uschi.kellermann@gmx.de

SCHULENTWICKLUNG KÖLN

Klaus Minartz, 0221-526722,
klaus.minartz@netcologne.de



Solidaritätsbotschaft an die Streikenden an den Unikliniken

„Der Vorstand des GEW-Stadtverbands Köln unterstützt euren unbefristeten Streik für den Abschluss eines Tarifvertrags zur Schaffung zusätzlicher Stellen zur Entlastung des Personals.

Euer Arbeitskampf ist berechtigt, denn die andauernde Überlastung der Pflegekräfte und aller anderen an der Krankenhausbehandlung beteiligten Berufsgruppen gefährdet immer mehr die Therapie und die Heilung der Patientinnen und Patienten und setzt sie neuen Risiken aus.

Am 4. Juli beschloss der erweiterte Vorstand unseres GEW-Stadtverbands eine Grußadresse an die ver.di-Kolleginnen und Kollegen an der Düsseldorfer Uniklinik, die seit dem 2. Juli in einen unbefristeten Streik für den Abschluss eines Tarifvertrags zur Entlastung getreten waren.

Mit eurem Streik kämpft ihr für den gesamten Öffentlichen Dienst, denn die Überlastung der Beschäftigten kennen wir leider nicht nur im Krankenhaus!

Auch wir als GEW-Mitglieder sehen uns tagtäglich einer Situation ausgesetzt, in der es in den Bildungseinrichtungen an Stellen und Lehrkräften fehlt und im Gegenzug die Belastung der Kolleginnen und Kollegen wächst.

Wir weisen die Haltung der Arbeitgeber der Länder zurück, die als Reaktion auf eure Forderungen alle Verhandlungen mit den Gewerkschaften abgebrochen haben. Davon sind auch die Verhandlungen über die Verbesserung der Entgeltordnung für die Lehrkräfte (TV-EntgO-L) betroffen, bei denen es u.a. um eine Angleichung der Gehälter der Angestellten an die Besoldung der Beamt*innen geht.

Wir sind bereit, mit Euch gemeinsam diese Blockade der Arbeitgeber zu durchbrechen!“

Tarifrunde: Eingruppierung, Entlastung und Entfristung

Nur mit klaren Forderungen gibt es eine breite Mobilisierung!

// **Henning Frey, aktiv im AK Angestellte Lehrkräfte**



Zuvor hatten die Arbeitgeber der Länder (TdL) als Reaktion auf die ersten Streiks von ver.di an den Kliniken alle Verhandlungen mit den Gewerkschaften abgebrochen - so auch die Gespräche mit der GEW über die Verbesserung der Entgeltordnung für die Lehrkräfte (TV-EntgO-L).

Die Reaktion der Kolleginnen und Kollegen an den Unikliniken auf den Verhandlungsabbruch war die Ausweitung des Streiks. Über 96 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder stimmten in einer Urabstimmung in Düsseldorf für einen unbefristeten Erzwingungsstreik. Es gibt erste Zeichen, dass die Arbeitgeber unter diesem Druck von ihrer Boykothaltung abrücken müssen.

Was uns Lehrkräfte angeht, verweigern die Arbeitgeber im Grunde nicht erst seit dem Abbruch der o.g. Gespräche, sondern schon seit Jahren echte Verhandlungen über die Angleichung der Bezahlung der Angestellten an die Beamten. Das passt in den Rahmen ihrer Politik, die Lehrer*innenbezahlung abzusenken. Die Bezahlung der Lehrkräfte - Beamte wie Angestellte - hat sich im Vergleich zu anderen akademischen Berufen in den letzten Jahren immer weiter verschlechtert. Die angestellten Lehrkräfte werden zusätzlich als billige Arbeitskräfte missbraucht. Dieser Miss-

brauch wird durch den TV-EntgO-L festgeschrieben. Die Eingruppierung eines Hochschulabgängers mit Master bzw. 1. Staatsexamen und Referendariat mit 2. Staatsexamen nach TV-EntgO-L in der EG 13 - die sog. Eckeingruppierung - entspricht nicht der besonderen Schwierigkeit und Bedeutung dieser Tätigkeit.

In der Lehrer*innenausbildung wird dieser besonderen Schwierigkeit und Bedeutung in der Tätigkeit der Lehrer*innen durch das 2. Staatsexamen Rechnung getragen. „Schwierigkeit“ und „Bedeutung“ sind nach dem allgemeinen Eingruppierungsrecht des TV-L aber genau die Tätigkeitsmerkmale, die die Lehrer*innentätigkeit aus der EG 13 „heerheben“ und eine Eingruppierung in die EG 14 verlangen. Aber nach dem TV-EntgO-L wird dieses Recht nicht angewandt.

Noch weniger akzeptabel ist die Eingruppierung von Lehrer*innen an Grundschulen und in der Sekundarstufe I mit derselben Ausbildung (Master/2. Staatsexamen) in die EG 11. Diese Entgeltgruppe ist in der allgemeinen Entgeltordnung des TV-L eigentlich für Tätigkeiten vorgesehen ist, für die keine wissenschaftliche Hochschulbildung notwendig ist. Aber der TV-EntgO-L lässt diese Herabgruppierung im Widerspruch zum allgemeinen Eingruppierungsrecht des TV-L zu. Die Verschlechterung der

Bezahlung provoziert Personalmangel an den Schulen. Stellen sind unbesetzt. Für uns Kolleginnen und Kollegen ist eine immer weiter steigende Belastung die Folge.

Bisher hat die GEW mit den Arbeitgebern Gespräche unter den Bedingungen eines ungekündigten Tarifvertrags, sog. „Friedensgespräche“, geführt. Die Arbeitgeber haben in diesem Rahmen gerade einmal zugelassen, dass über die Anhebung der Mini-Angleichungszulage von 30,- Euro gesprochen wird. Damit gemeint ist der Betrag, den der Beamtenbund 2015 mit den Arbeitgebern zur „Angleichung“ der Bezahlung der Angestellten an die der Beamt*innen vereinbart hat.

Forderungen müssen Perspektive bieten!

Das ist nicht das, was die Kolleginnen und Kollegen von der GEW erwarten. Schon der letzte Tarifkampf hat gezeigt, dass sie sich ohne eine wirkliche Perspektive für die Verbesserung ihrer Eingruppierung nicht mobilisieren.

Wenn die GEW eine wirklich breite Mobilisierung erreichen will, die die Kraft hat, das Arbeitgeberdiktat zu durchbrechen, dann muss sie, wie auch vom Landesgewerkschaftstag in NRW 2016 beschlossen, eine Eckeingruppierung der Lehrer*innen in die EG 14 fordern! Diese Forderung bedeutet die Verbesserung der Eingruppierung aller Lehrkräfte in allen Entgeltgruppen um mindestens eine Entgeltgruppe.

Genauso wie an den Krankenhäusern brauchen auch die Kolleginnen und Kollegen an den Schulen Maßnahmen zur Entlastung. Deshalb hat der GEW Landesgewerkschaftstag 2017 in Duisburg zurecht die Kündigung des § 44,2 TV-L gefordert. Diese Forderung muss jetzt in die Verhandlungen aufgenommen werden. Denn dieser Paragraph ist eine Öffnungsklausel, die beinhaltet, dass die Arbeitszeit der angestellten Lehrer*innen nicht nach dem TV-L geregelt wird, sondern an die der Beamt*innen angeknüpft ist. Für Beamt*innen beträgt sie heute noch 41 Wochenstunden, im Gegensatz zu 39,83 Stunden bei den Angestellten. Wenn

man die Aufhebung der Anbindung der Arbeitszeit der angestellten Lehrer*innen an diese 41 Wochenstunden fordert, eröffnet man eine Möglichkeit tarifvertraglich für eine Verringerung der Arbeitszeit-Belastung. Die Senkung der Arbeitszeit über den Tarifvertrag ist auch ein Stützpunkt für eine Verkürzung der Arbeitszeit der Beamten. Auf diesem Weg kann die Senkung des Unterrichtsstunden-Deputats auf maximal 23,5 Stunden für alle erreicht werden, so wie es unser Beschluss auf dem Gewerkschaftstag in Duisburg war.

Im BAT gab es ein Verbot von Zeitverträgen ohne „sachliche oder in der Person des Angestellten liegende“ Gründe. Heute explodiert die Zahl der befristeten Verträge im Öffentlichen Dienst. Immer neue „Sachgründe“ werden aus dem Hut gezaubert. Auch an den Schulen gibt es eine Unzahl von befristeten Arbeitsverträgen und unsere GEW Vorsitzende Marlies Tepe hat jetzt wieder darauf hingewiesen, dass Tausende von befristet beschäftigten Lehrer*innen in den Sommerferien arbeitslos sein werden. Deshalb müssen wir ein tarifliches Verbot aller befristeten Verträgen - mit oder ohne „Sachgrund“ - fordern. Das war auch das Ergebnis Vorstandssitzung am 4. Juli, nachdem zuvor die Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich Hochschule und Forschung über ihren Kampf gegen befristete Arbeitsverträge berichtet hatten.

Gewerkschaft macht stärker!

Wenn es für uns eine Lehre aus dem Kampf an den Kliniken gibt, dann ist es die, dass klare Forderungen eine breite Mobilisierung ermöglichen. Die Aussicht auf eine tarifvertragliche Vereinbarung von Maßnahmen zur Entlastung einschließlich der Schaffung zusätzlicher Stellen hat in Düsseldorf und Essen an den Unikliniken Hunderte von Kolleginnen und Kollegen mobilisiert. Unmittelbar vor dem Streik sind jeweils in Düsseldorf und Essen mehr als Hundert Kolleginnen und Kollegen zudem in die Gewerkschaft eingetreten. Das ist eine Perspektive, die von der GEW auch an den Schulen für die Kolleginnen und Kollegen eröffnet werden muss!

Die landesweite tarifpolitische Konferenz der GEW NRW findet am 14. November 2018 statt. Nähere Infos unter: www.gew-nrw.de

Tarifrunde 2019: Diskussion unserer Forderungen
Im Jahr 2019 stehen zwei Tarifverträge zur Verhandlung an:
- der Tarifvertrag der Länder mit den Gehaltstabellen (TV-L) und
- der Tarifvertrag zur Entgeltordnung der Lehrkräfte (TV EntgO-L).
Zu beiden Tarifverträgen wollen wir unsere Forderungen diskutieren.

Montag, 5. November 2018 um 18 Uhr im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1

Tarifrunde 2019: Mobilisierung und Organisation
Schon im Vorfeld zeigt sich die Arbeitgebervereinigung (TdL) stur. An diesem Termin wollen wir die Mobilisierung und die Organisation an den Streikstandorten diskutieren.

Dienstag, 4. Dezember 2018 um 19 Uhr im Kölner DGB-Haus Köln, Hans-Böckler-Platz 1

Konsequenzen aus dem TV-L

Wenn man davon ausgeht, dass die durchschnittliche Differenz zwischen Angestellten- und Beamten-Netto bei Lehrer*innen in NRW 500 Euro beträgt, dann hat der öffentliche Arbeitgeber den angestellten Lehrkräften seit Einführung des TV-L im Jahr 2006 rund 2,4 Milliarden Euro vorenthalten! Was den Einzelfall angeht bewegt sich diese Summe um die Marke von 66.000 Euro.// **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Kurz vor den Sommerferien mussten sich die Vertretungslehrkräfte wieder die existentielle Frage stellen: Wer von uns kann sich auf eine feste Stelle an unserer Schule bewerben? Was die Ko-Klassenlehrerin meiner siebten Klasse angeht, ist die Antwort negativ ausgefallen. Nach einem Dreivierteljahr umfassender Beziehungsarbeit mit den 28 Schüler*innen in unserer „Brennpunkt-Schule“ war der letzte Schultag von Tränen gekennzeichnet – bei uns als Klassenleitung aber vor allem bei unseren Schüler*innen. Die „härtesten“ unter ihnen schienen am traurigsten zu sein.

Damit verlieren wir die zweite Klassenlehrerin innerhalb von drei Jahren. Die erste Tutorin befindet sich in Elternzeit, die zweite geht, weil unsere Schule ihr lediglich einen weiteren Vertretungsvertrag mit der Hoffnung auf eine zugewiesene feste Stelle zum nächstmöglichen Termin anbieten konnte.

Dabei wollte sie die Klassenleitung eigentlich gerne fortsetzen. Der Bedarf war da (die Elternzeit der Vorgängerin wird auch im kommenden Schuljahr noch nicht zu Ende sein) und die Motivation ebenfalls. Am Ende stehen meine Schüler*innen nun mit mir als alleinigem Klassenlehrer da, weil meine Kollegin das „Glück“ hatte, sich noch erfolgreich auf eine später ausgeschriebene Stelle an einer anderen Schule bewerben zu können. Im Sinne der Kinder ist das auf keinen Fall!

Was der TV-L bedeutet

Nicht nur das gesamte Kollegium inklusive der Schulleitung waren ob dieser Entwicklung traurig, auch die Kollegin selbst sprach von „einem lachenden und einem weinenden Auge“, mit dem sie geht. Bei unseren Schüler*innen gab es hingegen ausschließlich weinende Augen.

An dieser Stelle verweisen wir gerne auf ein Angebot der Tageszeitung

„junge Welt“ an die Leser*innen des „forum“.

Zuletzt wurde uns von den Kolleg*innen aus Berlin freundlicher Weise der Abdruck des Interviews

„Streikrecht für Beamt*innen durchsetzen“ mit Daniel Merbitz vom GEW-Hauptvorstand

(vgl. „forum“ 3-2017) genehmigt.

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

Sehr geehrte Leser*innen des Kölner GEW-Mitgliedermagazins „forum“, in der Vergangenheit erhielten Sie eine kostenlose Abdruckgenehmigung für einen oder mehrere Artikel der Tageszeitung junge Welt.

Zur Zeit führt die junge Welt unter dem Motto »Zeit, sich ein anderes Bild von der Welt zu machen« eine Probeaboaktion durch, um die Bekanntheit der Zeitung zu steigern. Das Probeabo ist kostenlos und unverbindlich, es endet automatisch nach drei Wochen, im europäischen Ausland nach zwei Wochen.

Eine Abbestellung ist nicht nötig.

Wir würden uns freuen, wenn Sie Interesse daran haben. Die Bestellung ist über die Internetseite www.jungewelt.de/probeabo möglich.

Über eine Unterstützung würden wir uns freuen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Brigitte Jelkmann

Assistenz der Geschäftsführung & Ansprechpartnerin für Abdruckgenehmigungen

Warum der Weggang für die Kollegin auch Positives hatte, liegt auf der Hand: Mit der festen Stelle war die Verbeamtung verbunden und der Übergang vom Tarifsystem des TV-L in die Besoldungsgruppe A13. Da der Vertretungsvertrag nur die Sekundarstufe I umfasste, wurde sie bis dato nach Entgeltgruppe 11 (EG 11) bezahlt, über die eine Lehrkraft der Mittelstufe in NRW bei der Ersteinstellung nicht hinauskommt. Auf Netto-Basis wird sich der Sprung von dieser Vergütung zur Beamtenbesoldung als Studienrätin nun auf sage und schreibe 987,47 Euro belaufen – Monat für Monat! (Nicht berücksichtigt sind hierbei die individuell sehr unterschiedlichen Beiträge zur PKV.)

Lehrer*innenmangel? - Hausgemacht!

Wie ist das mit der Tatsache in Einklang zu bringen, dass doch „kein Kind zurückgelassen“ werden und alles gegen den Lehrer*innenmangel getan werden soll? Meine Antwort: gar nicht!

Wer die Zeit des Referendariats noch anstrengender und nervenaufreißender gestaltet (Verkürzung der Ausbildungszeit von zwei auf nunmehr anderthalb Jahre unter Beibehaltung der erforderlichen Anzahl an Unterrichtsbesuchen durch die Ausbildungskräfte) und das Gros der examinierten Kolleg*innen danach zunächst auf schlecht bezahlte Vertretungsstellen setzt, der muss sich nicht wundern, dass der Lehrer*innenberuf zunehmend als unattraktiv wahrgenommen wird. Und da ist noch nichts gesagt über die zunehmend schlechteren Arbeitsbedingungen durch die sogenannte Inklusion etc.

TV-L als Stigma?

Viele angestellte Kolleg*innen treibt zudem das Gefühl um regelrecht stigmatisiert zu sein. Einige sprechen nicht gerne über ihren Status als Angestellte.

Aus dieser Sackgasse müssen wir heraus! Nicht nur die angestellten Kolleg*innen sondern auch die Beamt*innen, die an jeder Stelle mit betroffen sind (vgl. das Beispiel am Anfang dieses Artikels). Der einzige Sinn, den der TV-L hat, ist es, dem öffentlichen Arbeitgeber ein Machtinstrument in die Hand zu geben. Bei jeder neuen Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen gibt es immer vier Fünftel der Kolleg*innen (die ca. 160.000 Beamt*innen unter den insgesamt gut 200.000 Lehrkräften in NRW), denen latent das Gefühl vermittelt wird: „Stell' dich nicht so an, da gibt es welche, denen geht es noch schlechter“.

Umgekehrt trauen sich die angestellten Kolleg*innen bei all den zusätzlichen Arbeitsbelastungen schon gar nicht mehr, auch noch auf ihre ungerechte Bezahlung hinzuweisen. Wer hat denn heute noch vor Augen, dass eine Lehrkraft im Angestelltenverhältnis (in diesem Beispielfall 53 Jahre alt) seit Einführung des TV-L im Jahr 2006 tatsächlich zehn Unterrichtsstunden mehr geben müsste, um auf die Netto-Vergütung zu kommen, die sie/er als BeamteR nach A12 erhalten würde?

Der Hauptgrund für diese Diskrepanz besteht im Wegfall der Orts- und Familienzuschläge, die der alte Bundesangestelltentarif BAT noch kannte, die durch den TV-L für Angestellte aber Geschichte geworden sind. Von Familienfreundlichkeit kann beim TV-L also auch keine Rede sein.

Und dann ist da noch die Frage der Schuld: Wieso hast du es denn nicht bis zur Verbeamtungshöchstgrenze geschafft Lehrer*in zu werden? Die Antwort darauf ist so individuell wie irrelevant. Denn den Nutzen dieser Teile-und-herrsche-Tarifpolitik hat einzig und allein der Arbeitgeber. Und ihm obliegt auch die Hoheit, die Kolleg*innen nach Übergewicht, Gesundheitszustand oder als sogenannte Nicht-Erfüller (sic!) in die Angestelltenlaufbahn zu schicken. Letztere dürfen sich dann noch nicht einmal auf Beförderungsstellen

bewerben. Die Frage nach der tatsächlichen Qualifikation ist bei der Vergütung nachrangig.

Warum die Tarifrunde alle angeht

Die Gewerkschaftsbewegung Südafrikas hat aus der Erfahrung der dortigen Teile-und-herrsche-Politik (Apartheid) die Schlussfolgerung gezogen: „An injury to one is an injury to all!“ (dt.: „Ein Angriff auf eineN von uns, ist ein Angriff auf uns alle!“). Für den Arbeitgeber ist die Messlatte immer die niedrigste, die er finden kann. In unserem Falle bedeutet das, dass der TV-L nicht nur als Drohkulisse dient sondern auch als Richtwert in puncto Bezahlung. Das ist auch der Bezugspunkt bei der „Dienstrechtsanpassungsreform“ vor einigen Jahren gewesen. Seither verdienen neu eingestellte Lehrkräfte auch im Beamtenverhältnis wesentlich weniger als zuvor.

An der Frage, ob Lehrer*innen für den Staat billiger sind, wenn sie als Angestellte oder als Beamt*innen vergütet werden, scheiden sich die Geister. Diese Frage kann nur gesamtgesellschaftlich beantwortet werden. Das Problem ist, dass der TV-L dem gewerkschaftlichen Grundsatz „Gleiches Geld für gleiche Arbeit“ diametral entgegensteht, denn mit dem „gleichen Geld“ ist natürlich der Betrag gemeint, der am Ende netto ausbezahlt wird.

Gegen diese seit nunmehr über zehn Jahren anhaltende Misere gilt es nun intelligente Forderungen aufzustellen und eine breite Mobilisierung anzustreben. Beginnen muss alles mit der Teilnahme an den Veranstaltungen der GEW, in deren Rahmen die Forderungsdebatte geführt wird. Denn nur wenn die Forderungen an den realen Problemen der Betroffenen ansetzen, lassen diese sich auch mobilisieren.

Was Beamt*innen tun können

Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie die Kolleg*innen im Beamtenverhältnis den Tarifkampf der angestellten Kolleg*innen unterstützen können:

- Auf Lehrer*innenkonferenzen einfordern, über die Zusammenhänge des TV-L informiert zu werden.
- Der Schulleitung mitteilen, dass streikbedingt ausfallender Unterricht nicht vertreten wird (es ist ein Grundrecht, Streikbrechertätigkeit abzulehnen!).
- Eine schulinterne Vereinbarung treffen, wie mit Anstatt-Stunden zu verfahren ist. (Immer wieder fällt Unterricht aufgrund von Streiks aus und Schulklassen haben vorzeitig Unterrichtschluss. Dadurch kann es vorkommen, dass nicht die streikende angestellte Lehrkraft direkt vertreten wird sondern eigener Unterricht ausfällt und Anstatt-Stunden angewiesen werden können.)
- Das Thema TV-L zum Tagesordnungspunkt der nächsten Lehrer*innenkonferenz machen, um o.g. Aspekte zu diskutieren und eine gemeinsame Lösung zu finden, die für alle tragbar ist.
- Für Fächer wie Arbeitslehre, Politik und/oder Gesellschaftslehre bietet es sich an, Unterrichtsgänge zu den Streikaktionen der angestellten Lehrer*innen zu machen. Die Tarifrunde wird ohnehin von den Schüler*innen wahrgenommen.

In diesem Sinne bleibt uns nur, zur Teilnahme an der Forderungsdebatte aufzurufen und einfach mal am Marktgesetz anzuknüpfen: Wenn es an Lehrkräften mangelt, dann muss ihr Preis steigen!

Wie Lehrkräfte ihre Forderungen durchsetzen - ein Blick in die USA

Alles begann am 22. Februar 2018, als die Gewerkschaften „American Federation of Teachers“ und die „National Education Association“ im Bundesstaat West Virginia zur Urabstimmung riefen. Das setzte eine regelrechte Streik-Welle in Gang, an der sich bislang die Lehrkräfte in sieben (!) weiteren Bundesstaaten der USA beteiligten. // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Völlig neue und außerordentliche Entwicklung

Aber auch in den anderen Bundesstaaten ist per Gesetz nicht vorgesehen, dass Lehrkräfte die Arbeit niederlegen. Häufig begann alles mit „walk in“-Aktionen, bei denen die Schulgemeinde nach einer gemeinsamen Kundgebung geschlossen zur ersten Stunde in die Klassenräume zog. Es folgten „walk outs“ (zeitlich begrenzte Arbeitsniederlegungen) und – wie im Falle von West Virginia Massenkundgebungen vor dem Kapitol, dem Sitz der Regierung des Bundesstaats.

Die Grundlage für die Arbeitsniederlegung in North Carolina bildete die „Moral Mondays“-Bewegung, die in den vergangenen Jahren unter der Führung von Reverend William Barber gestanden hat. Die direkten Aktionen und Protestmärsche von „Moral Monday“ standen im Rahmen von Forderungen rund um den Bereich der öffentlichen Bildung und zeichneten sich dadurch aus, dass eine große Zahl an Lehrer*innen daran teilnahm. Desweiteren haben Lehrer*innen und Schulbegleiter*innen in den letzten Jahren immer wieder Schul-„walk-ins“ organisiert, bei denen sie gemeinsam und gut wahrnehmbar mit roten T-Shirts bekleidet in die Schulgebäude gegangen sind. Dennoch war der Schritt hin zur umfassenden Arbeitsniederlegung eine völlig neue und außerordentliche Entwicklung.

The New York Times

2.4.18: „Teachers in Oklahoma and Kentucky Walk Out: ‘It Really Is a Wildfire’“ („Ausstand der Lehrer*innen in Oklahoma und Kentucky: ‘Es ist wie ein Lauffeuer’“)

The Guardian

28.4.18: „The teachers‘ strikes prove it: the media is finally seeing America’s new labor landscape“ („Lehrer-Streiks sorgen dafür, dass die Medien endlich Amerikas neu aufgestellte Arbeitnehmerschaft entdecken“)

Der Gegner steht rechts

Das Amt des Gouverneurs übt seit kurzem zwar ein „Demokrat“ aus, doch die Mehrheit im Kapitol von North Carolina hat seit 2010 weiterhin der rechte „Tea Party“-Flügel der „Republikaner“. Wie in so vielen anderen Bundesstaaten (außer Colorado), über die aktuell eine Streikwelle der Lehrer*innen hereingebrochen ist, hat bei den Wahlen 2016 auch in North Carolina Trump das Rennen für sich entscheiden können. Als Reaktion auf den Ausstand sind die Abgeordneten im Kapitol der Hauptstadt Raleigh zu Beratungen über den Haushalt zusammengekommen. Jetzt wird debattiert, ob man die Kürzungen im Umfang von 2,5 Millionen Dollar im Bildungsbereich zurücknimmt, die letztes Jahr als Bestandteil eines Doppel-Haushalts beschlossen worden sind. Roy Cooper, der Gouverneur des Bundesstaats, hatte zuvor seine Unterstützung für eine Lohnerhöhung um acht Prozent bei den Lehrkräften signalisiert. Demgegenüber haben die „Republikaner“ im Kapitol ihr Angebot auf fünf bis sechs Prozent begrenzt. Die anderen Aspekte, die von den Lehrer*innen vorgebracht worden sind, sind von den

HUFFPOST

5.3.18: „Arizona Passes Education Budget To End Teacher Walkout“ („Arizona verabschiedet Bildungshaushalt, um dem Ausstand der LehrerInnen ein Ende zu setzen“)

THE WALL STREET JOURNAL.

1.5.18: „Why Teachers’ Strikes Are Becoming a Nationwide Movement“ („Warum die Lehrer-Streiks zur bundesweiten Bewegung werden“)

The Washington Post

1.5.18: „Could North Carolina’s teachers be next to strike? Here’s the mess they’re in.“ („Werden die LehrerInnen in North Carolina die nächsten sein, die streiken? - Bericht über die Misere, in der sie sich befinden.“)

Chronologische Übersicht der Lehrer-Streiks in den einzelnen US-Bundesstaaten:

| Bundesstaat | Ablauf des Arbeitskampfs | Ergebnis |
|---|------------------------------|--|
| West Virginia Republikaner | 22.2.18 – 7.3.18 | nach Androhung, das Kapitol zu besetzen: Lohnerhöhung von 5% für den gesamten öffentlichen Dienst |
| Virginia Demokraten | 28.2.18 – 12.5.18 | Gehaltserhöhung von 25% für Hochschuldozent*innen |
| Kentucky Republikaner | 2.4.18 (noch nicht beendet) | Proteste vor dem Kapitol, Arbeitsniederlegungen in mehreren Schulbezirken |
| Oklahoma Republikaner | 2.4.18 – 12.4.18 | 6.000 Dollar mehr Jahresgehalt für Lehrer*innen und 1.250 Dollar mehr für Schulbegleiter*innen sowie bessere Finanzierung der Schulen |
| Georgia Republikaner | 19.4.18 – 23.4.18 | Beginn von Tarifverhandlungen zwischen Schulbus-Fahrer*innen und den Schulbezirken |
| Arizona Republikaner | 26.4.18 – 3.5.18 | Lohnerhöhung für Lehrkräfte um 20% bis 2020; Zulagen für Schulbegleiter*innen |
| Colorado Demokraten | 27.4.18 – 12.5.18 | Lohnerhöhung für Lehrkräfte um zwei Prozent; Bildungsetat zurück auf dem Niveau vor 2008 (Beginn der Rezession), was 400 Mio. Dollar entspricht! |
| North Carolina Demokraten/ Republikaner | 16.5.18 (noch nicht beendet) | Proteste vor dem Kapitol, Arbeitsniederlegungen in mehreren Schulbezirken |

Bloomberg

2.4.18: „Teacher Strikes Are Spreading Across America With No End in Sight“ („Lehrerstreiks breiten sich in ganz Amerika aus und es ist kein Ende in Sicht“)

Volksvertreter*innen nicht angemessen beantwortet worden. Deshalb ist zum jetzigen Zeitpunkt noch unklar, was am Ende dabei herauskommen wird.

Das Heft selbst in die Hand nehmen?!

In einigen der Bundesstaaten, in denen die Lehrer*innen den Aufstand proben, kandidieren nun auch einige Lehrkräfte für verschiedene politische Ämter. Das ist ein Fortschritt. Allerdings haben sie sich in überwältigendem Maß dafür entschieden, für die „Demokraten“ anzutreten anstatt als unabhängige Kandidat*innen ins Rennen zu gehen. Alternativ könnten die Lehrer*innen im gesamten Land sich dazu entschließen, ihre eigenen unabhängigen Kandidat*innen aufzustellen, die der Lehrerschaft und den anderen arbeitenden Menschen gegenüber rechenschaftspflichtig sind und nicht gegenüber einer Partei, deren konzernfreundliche Politik erst zur derzeitigen Bildungskrise sowie dem Aufstieg der politischen Rechten geführt hat.

Wie weiter?

Da das Ende des Schuljahres immer näher kommt, ist es möglich, dass das Ende der Streikwelle bei den Lehrer*innen ansteht. Trotzdem sollten wir die wesentlichen Lehren nicht aus den Augen verlieren, die diese Bewegung in den USA für 2018 bislang bereithält: Es sind Massenstreiks, mit denen die Lehrer*innen das Kräfteverhältnis grundlegend verändern können. Sie hoffen nicht mehr darauf, dass irgendwelche Politiker*innen irgendwann handeln werden. Es ist dieser kämpferische Geist, der zum wichtigsten Faktor wird, wenn Lehrer*innen und andere Arbeitnehmer*innen Erfolge erringen. Denn eins steht fest: Die konzernfreundlichen Politiker*innen beider Parteien werden sich widerspruchslos dem Druck der Konzerne beugen. North Carolina zeigt, dass Kampfgeist und Taktik einer mobilisierten Arbeitnehmerschaft selbst in den Bundesstaaten, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad extrem niedrig ist, sehr massive Folgen haben kann. Warum sollte ähnliches in Deutschland und bei uns in NRW nicht auch möglich sein?

Auf der Demonstration, die von der „North Carolina Association of Educators“ (NCAE) organisiert worden ist, wurden eine bessere Bezahlung und mehr Geld für die Bildung gefordert sowie allgemeinere Forderungen wie die nach Ausweitung des Gesundheitssystems „Medicaid“ und dem Ende der Steuererleichterungen für Konzerne aufgestellt. Es handelt sich hierbei um den jüngsten Konflikt, den die Lehrer*innen, Dozent*innen und Schulbegleiter*innen in den USA austragen. Den Anfang machte West Virginia, wo die Pädagog*innen einige Wochen zuvor den ersten Streik durchführten.

Analogie zum Beamtenstreik-Verbot in Deutschland

Als „right-to-work“-Bundesstaat [in dem die Rechte der Gewerkschaften auf gesetzlicher Grundlage stark eingeschränkt sind; Erg. d. Übers.] wird den Lehrer*innen nicht nur in North Carolina das Streikrecht vorenthalten. In diesem Bundesstaat gilt das regressivste Arbeitsrecht der USA. Dazu gehört auch, dass im öffentlichen Dienst keine kollektiven Tarifverträge erlaubt sind, was noch aus der Zeit der „Rassentrennung“ stammt. Um am Ausstand teilzunehmen, haben die Lehrer*innen dort die „personal leave“-Karte gespielt und Sonderurlaub eingereicht. Die praktische Folge war ein eintägiger Streik, der beispiellos in der Geschichte von North Carolina ist und in vielen Schulbezirken des Bundesstaats zu geschlossenen Einrichtungen geführt hat. 68 Prozent der Schüler*innen von North Carolina waren betroffen, darunter die sechs größten Schulbezirke.

Schule 4.0 – vom individualisierten Lernen zum E-Learning

Auf Einladung der Fachgruppe Schulaufsicht der GEW NRW erhielt Jörg Dräger von der „Bertelsmann Stiftung“ im November 2017 die Gelegenheit, vor zahlreichen Vertreter*innen der Schulaufsicht verschiedener Bezirksregierungen zu referieren. Das Thema lautete: „Die digitale Bildungsrevolution – wie Internet und Big Data das Lernen verändern“. // **Norbert Arnold, Vorsitzender der GEW Leverkusen**



Laut eigener Aussage will der Gütersloher Medien-, Dienstleistungs- und Bildungskonzern das „Bildungsgeschäft bis auf eine Milliarde Umsatz“ ausweiten.

In diesem Vortrag bezeichnete Dräger die Digitalisierung als Antwort auf die folgenden Herausforderungen im Bereich der Bildung:

- Herausforderung Masse: Der Bildungshunger wächst
- Herausforderung Vielfalt: Die homogene Lerngruppe ist Illusion
- Herausforderung Kosten

Der „Bertelsmann Stiftung“ ist es in den vergangenen Jahren in Kooperation mit dem „Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW“ mit dem Programm „Vielfalt fördern“ gelungen, an vielen Schulen Formen des sogenannten selbstgesteuerten/individualisierten Lernens zu etablieren. Lehrkräfte erstellten mit erheblichem Mehraufwand Materialien für Schüler*innen „mit unterschiedlichem Lerntypus und unterschiedlichen kognitiven Fähigkeiten“, um dann von der „Bertelsmann Stiftung“ attestiert zu bekommen, dass ihre Bemühungen leider nicht ausreichen: Lernprogramme könnten das besser als jede Lehrkraft es vermag.

Das Lernsoftware-Unternehmen „Knewton“

Jörg Dräger und Ralph Müller-Eiselt, Mitglied im Vorstand bzw. „Senior Expert“ der „Bertelsmann Stiftung“ äußern sich in ihrem Buch „Die digitale Bildungsrevolution“ begeistert über das „Unternehmen für adaptives Lernen“. Es trägt den Namen „Knewton“ und wurde 2008 von Jose Ferreira in den USA gegründet. Ziel ist es, Lernmaterial auf der Basis einer umfassenden Erhebung von Daten zu entwickeln.

In „Die digitale Bildungsrevolution“ heißt es dazu: „Knewton durchleuchtet jeden, der das Lernprogramm nutzt. Die Software beobachtet und speichert minutiös, was, wie und in welchem Tempo ein Schüler lernt. Jede Reaktion des Nutzers, jeder Mausklick und jeder Tastenanschlag, jede richtige und jede falsche Antwort, jeder Seitenaufruf und jeder Abbruch wird erfasst. „Jeden Tag sammeln wir tausende von Datenpunkten von jedem Schüler“, sagt Ferreira stolz. Diese Daten werden analysiert und zur Optimierung der persönlichen Lernwege genutzt. Komplexe Algorithmen schnüren individuelle Lernpakete für jeden einzelnen Schüler, deren Inhalt und Tempo sich fortlaufend anpassen, bei Bedarf im Minutentakt. [...] Schon heute berechnet Knewton zuverlässig die Wahrscheinlichkeit richtiger und falscher Antworten sowie die Note, die ein Schüler am Ende eines Kurses erreichen wird. Eines Tages braucht es wohl keine Prüfungen mehr; der Computer weiß bereits, welches Ergebnis herauskommen wird.“

Entprofessionalisierung des Lehrer-Berufs

Ziel der Stiftung ist es, Lehren und Lernen an Schulen und Hochschulen durch die Digitalisierung fundamental zu verändern. Schon jetzt wirkt man darauf hin, dass sich die Lehrkräfte an den Schulen nur mehr als Lernbegleiter verstehen und damit letztlich – ohne es zu merken – durch diese Neudefinition ihre Dequalifizierung und Entprofessionalisierung akzeptieren, die dann im Zuge der Digitalisierung ihre Vollendung erfahren soll. Es kann davon ausgegangen werden, dass dies für uns mit finanziellen Einbußen verbunden sein wird. So gibt es bereits seit einiger Zeit an einzelnen Schulen immer wieder Versuche, Zeiten des individualisierten Lernens (Lernbüro, Individuelle Lernzeiten, ...) nicht in vollem Umfang als Unterrichtszeit anzurechnen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat im Oktober 2016 in seinem Strategiepapier „Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft“ angekündigt, dass man „die im Rahmen des Lernens mit digitalen Medien gewonnenen Erkenntnisse zur effizienteren Steuerung pädagogischer, personalwirtschaftlicher und bildungspolitischer Prozesse“ nutzen werde.

Ebenso wie sich manche Lehrkraft mittlerweile fragt, ob das „selbstgesteuerte Lernen“ wirklich zielführend ist, sollte man auch die Digitalisierung der Bildung hinterfragen, bevor hier Investitionen in Höhe mehrerer Milliarden erfolgen, die an anderer Stelle dringend benötigt werden. Anlass dafür gibt es genug: Zahlreiche Studien belegen nicht erst seit Hattie, dass ein Mehrwert von E-Learning nicht festzustellen oder zumindest höchst zweifelhaft ist.

Die Rolle von „Bertelsmann“

Warum dann dieser Hype um die Digitalisierung der Bildung? Zum besseren Verständnis der Offensive der „Bertelsmann Stiftung“ muss man wissen, dass der mehrheitlich der Stiftung gehörende größte Medienkonzern des Landes (Bertelsmann) sein Bildungsgeschäft durch Zukäufe massiv ausbaut. Mittelfristig möchte man die

Quellen:

Bundesministerium für Bildung und Forschung: Bildungsoffensive für die digitale Wissensgesellschaft, Berlin 2016

Dräger, Jörg und Müller-Eiselt, Ralph: Die digitale Bildungsrevolution: Der radikale Wandel des Lernens und wie wir ihn gestalten können, September 2015

Dräger, Jörg: Die digitale Bildungsrevolution. Wie Internet und Big Data das Lernen verändern – Präsentation Fachtagung Schulaufsicht im November 2017
<https://www.gew-nrw.de/schulaufsicht/page/3.html>

sen Bereich zur dritten Geschäftssäule mit einem angestrebten Umsatz von einer Milliarde Euro entwickeln. Und Bertelsmann ist nicht der einzige Konzern, der hier verdienen will. Zum anderen wird beim Lernen mit „Big Data“ eine unfassbare Menge an Daten generiert, die für viele interessant sein dürfte.

Wider die digitale Umbildung!

Zur Klarstellung: „Ja. Man kann digitale Unterrichtsmedien nach Maßgabe didaktischer Kriterien sinnvoll einsetzen. Und ja, die Schülerinnen und Schüler sind in ihrem Alltag permanent von dieser Technik umgeben, so dass eine medien-ethische und -pädagogische Aufarbeitung in der Schule notwendig ist. Und noch einmal: Ja, es hat Sinn, wenn die jungen Menschen Medien nicht nur konsumieren, sondern auch schöpferisch mit ihnen umgehen lernen. Und ein letztes Ja: Wenn die Schule personell und baulich perfekt ausgestattet sein wird, wenn Lehren und Lernen in Beziehung, Bildung statt Kompetenz, Unterricht statt mechanischer Selbststeuerung stattfinden, dann richtet auch der gezielte Einsatz von Smartboards, Tablets und Cyberbrillen keinen gewaltigen Schaden an. Ja.“ (Matthias Burchardt: Wider die digitale Umbildung!)

Vor dem Hintergrund des eklatanten Lehrkräftemangels und der systematischen Unterfinanzierung des Bildungswesens bekommt die Forderung nach der „Digitalisierung der Bildung“ als Antwort auf die Herausforderungen „Masse“ und „Kosten“ noch einmal eine andere Bedeutung (s.o. Dräger, Herausforderung 1 und 3).

Einladung zur Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

Unternehmerisches oder solidarisches Team?

Vielen von uns fällt es schwer, der eigenen Arbeit Grenzen zu setzen. Arbeitsdichte, Arbeitszeiten und Stress haben enorm zugenommen. Die meisten von uns arbeiten weit über das gesunde Maß hinaus. Und das ganz „von selbst“. Auch wenn wir merken, dass wir unsere Arbeitszeit auf Kosten unserer Freizeit und unserer Gesundheit ausdehnen, ist es sehr schwer, einfach „NEIN“ zu sagen. Unser Referent wird uns die arbeitspsychologischen Mechanismen bewusst machen, die dazu führen, dass wir uns immer stärker selbst und gegenseitig unter Druck setzen. Das Einfordern der sachlichen und persönlichen Mittel zur Aufgabenerfüllung gerät dabei aus dem Blick.

- Methoden indirekter Steuerung im Bildungswesen
- Arbeits- und Organisationspsychologie
- Steuerung und Druckentfaltung durch Teamarbeit
- Belastende Strukturen im Team erkennen und ihnen begegnen

Referent: Stephan Siemens, Experte für Arbeitspsychologie und Burnout-Prävention

Donnerstag, 04. Oktober 2018 um 17 Uhr, im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG) (Bahnhof West, U-Bahn-Linien 3, 4, 5 – Haltestelle: Hans-Böckler-Platz/Bahnhof West)

Eine kurze Anmeldung ist erwünscht an: kontakt@gew-koeln.de

Einladung Informationen zum Einstellungsverfahren:

Bewerbungstraining mit Simulation (Schwerpunkt Gy/Ge)

Wir möchten Ihnen zum Ende Ihrer Ausbildung am ZfsL und vor Beginn der Stellenausschreibungen und Auswahlgespräche die Möglichkeit geben, sich über das Auswahlverfahren aus Sicht der Personalratsmitglieder zu informieren und zu schulen. Erproben Sie zum Beispiel in Simulationen Ihren Einsatz in einem zukünftigen Auswahlgespräch an Schulen.

Datum: Mittwoch, 10. Oktober 2018
Ort: Kölner DBG-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG)
Zeit: von 17 Uhr bis 20 Uhr
Referent: Martin Pötz

Wir freuen uns sehr, wenn wir Sie bei unserer Informationsveranstaltung begrüßen dürfen. Die Teilnahme ist selbstverständlich kostenlos! Eine kurze Anmeldung per E-Mail genügt: kontakt@gew-koeln.de

Kontakt:
 Martin Pötz, Bezirkspersonalrat Gymnasium, Köln
 T: 0221 - 136444, E-Mail: martin.poetz@gmx.de

Aktuelles zur DA ADV

Rundschreiben des Datenschutzbeauftragten (DSB)

Das Rundschreiben von Gerd Peitzmeier, DSB für die Kölner Schulen, bestätigt an vielen Stellen die Aussagen der GEW und betont die Notwendigkeit von Dienstgeräten für Lehrkräfte.

Das Schreiben enthält kein neues (oder gar unzulässig verändertes) Formular für den Genehmigungsantrag, sondern der DSB hat den Genehmigungsantrag lediglich für die digitale Verwendung umgebaut, da er einen digitalen Ablauf des Genehmigungsverfahrens wünscht. Kleiner Haken an der Sache: Der Antrag kann nur von Verwaltungs-PCs, nicht von ungenehmigten Privat-PCs gestellt werden.

Nach wie vor gilt alles, was wir bisher empfohlen haben: Niemand muss den Antrag stellen, weder analog noch digital. Wir empfehlen ausdrücklich, es nicht zu tun; es gibt keinen Handlungsdruck. Niemand kann verpflichtet werden, sein Privatgerät zu nutzen.

Eingabe über SCHILD?

SCHILD selbst ist sicher und läuft auf dem kommunalen Server. Auch ein Token bzw. verschlüsselter Stick ist sicher. Wenn damit auf einem Verwaltungs-PC in der Schule gearbeitet wird, ist alles gut.

Was nach wie vor nicht geht, ist die Eingabe vom Privatgerät zu Hause. Dieses müsste laut DA ein genehmigtes Gerät sein, das die technischen Anforderungen der DA erfüllt. Ist es ein nicht-genehmigter Privat-PC, dann geht die Eingabe in SCHILD nicht.

Die städtische IT übernimmt die Garantie/Haftung nur für SCHILD und ihren kommunalen Server, jedoch natürlich nicht für alle Privat-PCs der Lehrkräfte.

Lösung LOGINEO?

LOGINEO NRW ist eine Art Mischung aus staatlich betriebener, sicherer Cloud und Mailprogramm. Für das „Zeugnisschreiben per Hand“ hat LOGINEO aber keinerlei Bedeutung, wie fälschlicherweise in der Presse stand.

LOGINEO ist ein staatlich zertifizierter Datenspeicher und Mailservice im Netz. Er hilft dabei, Daten sicher zu speichern und diese anderen LOGINEO-Nutzer*innen datenschutzgerecht zugänglich zu machen. Aber bevor die Daten gespeichert und zugänglich gemacht werden, müssen sie erst einmal produziert bzw. eingegeben werden – und zwar auf einem datenschutzkonformen Gerät.

Die Datensicherheit ist immer genau so stark wie das schwächste Glied in der Kette der Verarbeitung und Speicherung. Und dieses schwächste Glied war und bleibt, unabhängig von LOGINEO, der private PC der Lehrkraft. Wenn Zeugnisdaten sicher verarbeitet werden sollen, ist das auch künftig nur an Dienstgeräten möglich. Solange diese nicht in ausreichender Anzahl existieren, sind Zeugnisausfertigungen am Verwaltungs-PC in der Schule oder handgeschriebene das einzig sichere Verfahren.

Beantragen von Verwaltungs-PCs durch die SL

Wenn die Schulleitungen Anträge auf weitere PCs für die Schule stellen, sollten sie gezielt und explizit Verwaltungs-PCs beantragen. Die Stadt Köln versendet zurzeit Ablehnungsbescheide mit Textbausteinen aus einer Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände.

Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Die Spitzenverbände weisen zurück, dass die Kommunen für die Endgeräte für Lehrkräfte zuständig seien, da es Arbeitsmittel sind. Das ist auch zutreffend. Das MSB hat im Spitzengespräch vom 24. April 2018 mit der GEW schon selbst eingeräumt, dass das Land für digitale Endgeräte zuständig sei und man sich um eine Finanzierung aus dem Landeshaushalt kümmern sollte.

Aber für Verwaltungs-PCs, die datenschutzsicher eingerichtet werden, sind selbstverständlich die Schulträger zuständig und waren es immer.

(Stand: 04. Juli 2018)



Bürger*innenbahn statt Tunnelwahn

Die GEW Köln sagt NEIN zum Ost-West-Tunnel und beteiligt sich am Protestbündnis gegen das Wahnsinnsprojekt der Kölner Stadtspitze. Die Straßenbahnschienen unter die Erde legen schafft nicht mehr Kapazitäten gegenüber einer preiswerteren und schneller zu realisierenden oberirdischen Lösung. Das Geld sollte besser in den massiven Ausbau des ÖPNV investiert werden. // **Angela Bankert, Geschäftsführerin GEW Köln**

Beim Bau der Nord-Süd-U-Bahn stürzte am 3. März 2009 das Stadtarchiv ein, zwei Menschen starben. Neun lange Jahre wurde Ursachenforschung betrieben und verschleppt. Der Prozess hat erst im Frühjahr begonnen, es droht die Verjährung.

Die Wunde Nord-Süd-U-Bahn ist also noch offen, da wollen Stadtspitze und KVB schon wieder ein teures Tunnelprojekt durchdrücken, den Ost-West-Tunnel quer durch die Innenstadt vom Heumarkt bis Moltkestraße oder sogar bis Melaten.

Tunnel erweitert Kapazitäten nicht

Es stimmt, dass die Bahnen auf der Ost-West-Achse überlastet sind. Aber diesen Engpass beseitigt das von Stadtspitze und KVB favorisierte Tunnelprojekt mitnichten:

1. Wer auf der Ost-West-Achse unterwegs ist, muss nach wie vor über die Deutzer Brücke; dieser Engpass besteht weiter.
2. Die zwei Stadtbahn-Spuren, die bisher oben sind, sollen unter die Erde gelegt werden. Eine Ausweitung der Kapazitäten findet nicht statt, unterirdisch werden Bahnen genauso voll sein wie oben.

Hinzu kommt aber: längere Wegezeiten, mit wartungsanfälligen Rolltreppen und Fahrstühlen, längere Taktintervalle, weil die Bahnen unterirdisch nicht so dicht auffahren können wie oben.



Protestaktion am 29.6.2018 gegen den Tunnel: Viel einfacher, billiger, barrierefreier und schneller gebaut wären oberirdisch mehrere Gleisspuren und längere Haltestellen für längere Bahnen.



Auch der Bürgermeister des Innenstadtbereichs, Andreas Hupke, sprach sich auf der Kundgebung gegen den Tunnel aus.

Einladung



Mobilität in Köln Wie geht es weiter?

Informations- und Diskussionsveranstaltung
25.09.18 | Einlass 18:00 Uhr | Beginn 18:30 Uhr | DGB-Haus Köln

Mobilität gehört für viele Berufstätige und Betriebe zum Arbeitsalltag. Doch es hakt an vielen Stellen: Drohende Fahrverbote, marode Infrastruktur, überfüllte Busse und Bahnen oder kilometerlange Staus im Berufsverkehr sind nur einige Schlagworte, die die Situation in Köln und dem Umland beschreiben.

Welchen Beitrag kann die KVB / der öffentliche Personennahverkehr für eine ökologische Verkehrswende leisten?

Hierzu informieren und diskutieren:

KVB:

- Jürgen Fenske, Vorstandsvorsitzender KVB
- Gunther Höhn, Bereichsleiter Nahverkehrsmanagement
- Anja Höhn, Bereichsleiterin Absatz

Statements von Betriebs- und Personalräten

- Marco Steinborn, ver.di NRW, Landesbezirksfachbereichsvorsitzender Verkehr
- Markus Bentfeld, IG Metall, GBR Ford

Diskussion

Termin:

25.09.2018, 18:00 Uhr Einlass / 18:30 Uhr Beginn
DGB-Haus (Großer Saal), Hans-Böckler-Platz, Köln

Zwecks besserer Planung bitten wir um eine kurze formlose Anmeldung unter Koeln@DGB.de

DGB Köln-Bonn im Web:

Koeln-Bonn.DGB.de
[Facebook.de/DGBKoelnBonn](https://www.facebook.com/DGBKoelnBonn)

Viel einfacher, billiger, barrierefreier und schneller gebaut wären oberirdisch mehrere Gleisspuren und längere Haltestellen für längere Bahnen.

Kosten-Nutzen-Balance stimmt nicht

Die Stadt hat eine Bürgerbeteiligung durchgeführt. Diese ist jedoch entgegen der Ankündigung weder ergebnisoffen noch transparent. Die Tunnellösung wird klar bevorzugt, die genaue Berechnung von Kosten und Nutzen nicht offengelegt.

Zuschüsse von Bund und Land gibt es nur, wenn die vorgelegte Kosten-Nutzen-Rechnung aufgeht. Darum werden die Kosten gern schön gerechnet.

So war es auch schon bei der Nord-Süd-U-Bahn, wo man die Kosten mit 550 Mio. Euro veranschlagt hat. Davon seien 90 % Zuschüsse von Bund und Land, und nur 10 % seien von der Stadt zu tragen, also nur 55 Mio. Euro. Die Zuschüsse sind jedoch gedeckelt. Die schön gerechneten Baukosten liefen absehbar aus dem Ruder. Die Mehrkosten deckte die Stadt mit einem Kredit ab, für den zusätzlich über 600 Mio. Euro Zinsen zu zahlen waren. Statt wie versprochen 55 Mio. Euro durfte der Kölner Steuerzahler für 4 km Schiene nunmehr 1,1 Milliarden Euro aufbringen. Die Kosten des Stadtarchiv-Unfalls sind da noch gar nicht eingerechnet.

Gesamtstädtische ÖPNV-Planung fehlt

Das neue Ost-/West-Tunnelprojekt wird völlig losgelöst von einer gesamtstädtischen Planung des ÖPNV vorangetrieben. Es ist kein Naturgesetz, dass aller Verkehr auf einer geraden Ost-/West-Achse durch die Innenstadt fahren muss, schon gar nicht der Durchgangsverkehr. Dafür ist an anderer Stelle Entlastung und Ausbau nötig. Hier liegen viele Vorschläge von Expert*innen und Initiativen vor, u.a. den Stadtbahn-Ring rechtsrheinisch endlich schließen, Rheinquerung durch Fahrradbrücken, Wassertaxis, einen S-Bahnring bauen.

Dem Nahverkehr und den Arbeitnehmer*innen nutzt das Wahnsinnsprojekt nichts. Sondern in erster Linie der Bauindustrie inkl. Tunnelbohr-Firmen und der Autolobby – die Innenstadt wird noch autogerechter, wenn die störenden Bahnen unter die Erde verbannt sind.

Falsche Weichenstellung für Jahrzehnte

Das Tunnelprojekt bedeutet:

- Eine falsche verkehrspolitische Weichenstellung für Jahrzehnte. Statt stärkerem Ausbau der KVB würde es zu noch mehr Autoverkehr und Verstopfungen in der Innenstadt führen. Die Feinstaubbelastung würde nicht gesenkt.
- Ein weiteres Milliardengrab und eine Riesenbaustelle in der Innenstadt für 20-25 Jahre. Der Verkehrsinfarkt besteht aber hier und heute.
- Knappes städtisches Personal wird auf viele Jahre mit diesem Projekt gebunden sein und nicht für andere wichtige Infrastrukturmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Die GEW Köln fordert einen Ausbau des gesamten Stadtbahnnetzes und der Radwege, damit Autofahrer*innen umsteigen können und der Autoverkehr in der Innenstadt reduziert wird. Und wir wollen endlich ein Jobticket für Lehrkräfte.

Infos zum Bündnis gibt es hier: <http://verkehrswende.koeln/>



Womit beschäftigen sich die Arbeitsgruppen der GEW Köln?

Ein Gespräch mit Magnus Ringhandt von der Fachgruppe Kita/Sozialpädagogische Berufe

// Das Interview führte Stefan Schüller, Mitglied der „forum“-Redaktion

„Mein Ansatz ist es, die Bildungsgewerkschaft in den Vordergrund zu stellen, denn Bildung fängt von Kindesbeinen an und hört nicht mit einem pädagogischen Beruf auf.“

forum: Wann und wieso bist Du in die GEW eingetreten?

MAGNUS: Ich bin während meines Studiums in die GEW eingetreten. Ich war zu der Zeit studentische Hilfskraft und es gehört zu meinem Selbstverständnis dazu, dass man sich politisch engagiert und in seiner Interessensvertretung einbringt. Zu der Zeit war die GEW die einzige Gewerkschaft, die auch für Studierende der Sozialpädagogik und Hilfskräfte ein Angebot auf Landesebene hatte und deshalb bin in die GEW eingetreten. Ich war jedoch lange Zeit eher passives Gewerkschaftsmitglied. Erst in jüngster Zeit bringe ich mich auch aktiv in die Gewerkschaftsarbeit ein. Ich komme aus einer parteipolitischen Tradition. Das war mir immer zu sehr taktisch orientiert. Mir ist es vielmehr wichtig, in eine fachliche Diskussion hineinzukommen und darüber dann auch politische Entscheidungen mit zu beeinflussen. Nicht erst seit PISA passiert im Bildungs- und Erziehungsbereich sehr viel und da finde ich es sehr wichtig,

auch als Interessensvertretung für die dort arbeitenden Berufsgruppen aktiv zu werden. Gerade in diesen Zeiten konservativer Hegemonie ist Engagement mehr denn je gefragt.

Wie sah Dein beruflicher Werdegang aus?

Ich habe Sozialpädagogik an der damaligen Evangelischen Fachhochschule in Bochum studiert. Ich habe dann in der Jugendarbeit gearbeitet und bin irgendwann bei meinem jetzigen Arbeitgeber dem „Arbeitskreis für das ausländische Kind“ gelandet, wo ich nun auch in der Beratung tätig bin.

Wie sehen die Schwerpunkte Eurer Fachgruppenarbeit aus?

Schwerpunkte der Fachgruppe sind unter anderem: Inklusion in der Kita, Neues KiTa – Gesetz. Dafür haben wir ein Eckpunktepapier entwickelt. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit war die Beschäftigung mit den TVÖD-Tarifverhandlungen. Es geht vor allem um die Entwicklung gleichmäßiger pädagogischer Standards in Kitas. Neben einer Aufwertung des Berufs der Erzieherin bzw. des Erziehers ist nach wie vor die Verbesserung der personellen Situation in Kitas ganz oben auf unserer Tagesordnung. Was ich in den Kitas wahrnehme, ist, dass es auf eine freie Stelle nur wenige Bewerbungen gibt. Da kann man oft noch nicht mal von einer Auswahl sprechen. Uns geht es vor allem darum, dass die Kolleginnen und Kollegen die Arbeit, die sie leisten sollen, auch leisten können. Es darf auch keine befristeten Arbeitsverhältnisse geben. Die bisherige Kibiz-Finanzierung ist wie ein Damoklesschwert. Es gibt zu wenig die Möglichkeit auch mehr Fachkräfte für die Förderung der Kinder einzusetzen. Das hat selbst schon die Bertelsmann Stiftung festgestellt. Dabei ist klar, da muss deutlich nachgebessert werden. Als Fachgruppe treten wir für bundeseinheitliche Qualitätsstandards und Rahmenbedingungen ein. Darüber hinaus geht es bei uns in der Fachgruppe um die gewerkschaftliche und betriebliche Arbeit vor Ort. Wir haben in der Gruppe eine große Trägervielfalt, neben staatlichen und kirchlichen sowie freien Trägern ist das ganze Spektrum gut abgebildet. In der Gruppe ist der Austausch sehr wichtig.

Wo drückt der Schuh bei den Kolleginnen und Kollegen vor Ort?

Ich empfinde es so, dass es eine starke Verunsicherung unter den Kolleginnen und Kollegen gibt. Dies resultiert mit Sicherheit auch aus den sich ständig wandelnden und wachsenden politischen Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte das gerne am Beispiel der Sprachförderung festmachen: Vor dem Kibiz hat man eine Pro-Kopf-Pauschale für besondere Maßnahmen im Sinne der Sprachförderung bekommen. Ein paar Jahre später hat die rot-grüne Landesregierung daraus eine alltagsintegrierte Sprachförderung gemacht. Bereits seit längerem läuft das Programm „Sprachkitas“, allerdings ist es befristet. Allein an diesem Beispiel merkt man, was da von den Kolleginnen und Kollegen erwartet wird. Auf der einen Seite gibt es die permanenten Änderungen der Programme sowie der Finanzierung und auf der anderen Seite sollen die Vorschulkinder selbständig und gut für die Schule vorbereitet werden. Dabei geht

schiebt das Ganze in einer Gemengelage mit ausgesprochen hohen Anforderungen. Bereits seit längerem gibt es die Verpflichtung zu Bildungsdokumentationen. Es werden immer wieder neue Leistungen von den Erzieherinnen und Erziehern verlangt, die Wertschätzung in Form einer höheren Bezahlung bleibt allerdings mit eher mäßigen Tarifabschlüssen auf der Strecke. Dabei steckt sehr viel Elan in den Erzieherinnen und Erziehern. Sie bringen sehr viel Persönlichkeit und Engagement in ihre Arbeit ein. Diese Gesellschaft lebt auch vom Idealismus der Erzieherinnen und Erzieher.

Wie bewertet Ihr den TVÖD-Tarifabschluss?

Der Konsens in der Runde, in der er uns vorgestellt wurde, war eher verhalten. Die lange Laufzeit relativiert das Ergebnis. Ob es ein Fortschritt ist, muss jeder selbst entscheiden. Für mich bleibt die Frage offen, ob nicht mit drei Tarifverhandlungsrunden ein besseres Ergebnis erzielt worden wäre. Vielleicht wäre es für beide Seiten teurer geworden, aber für mich als Gewerkschafter ist zweifelhaft, ob die Aufwertung des Berufs der Erzieherin bzw. des Erziehers ohne Streiks erreicht werden kann. 7,5% bei einer Laufzeit von 30 Monaten – da muss man schon sehr viel Wohlwollen haben, um von einem Durchbruch für die Erzieherinnen und Erzieher zu reden.

Welche Forderungen werden in der Zwischenzeit von Euch an die Politik herangetragen?

Wir haben Minister Stamp einen Brief geschrieben. Dort haben wir unsere Mitwirkungsbereitschaft bei den anstehenden Gesetzesvorhaben kundgetan. Für mich wäre es sehr wichtig, dass sich Stamp mit seinen Kabinettskolleginnen und -kollegen insbesondere mit seiner Parteifreundin Gebauer zusammensetzt und zusätzliche Ausbildungsplätze schafft, damit der Fachkräftebedarf gedeckt wird. Wenn der bundesweite Ganztagsanspruch eingeführt wird, wird der Fachkräftemangel noch katastrophaler. Das pädagogische Personal fällt nicht vom Himmel. Köln hat beispielsweise eine Deckungsquote von ca. 75%, beim Ganztag, da kann man sich überlegen, wie viele neue Stellen geschaffen werden müssen. Es wäre auch gut, wenn solche Modellprojekte wie die Sprachkitas unideologisch langfristig geplant und bewilligt werden, damit es Planungssicherheit gibt.

Wir müssen darauf achten, dass die Qualität, die bisher vorhanden ist und erreicht wurde, zukünftig auch gehalten werden kann. Bundeseinheitliche Qualitätsstandards sind dabei unser Ziel.

Habt ihr als Fachgruppe Wünsche an die GEW?

Die GEW ist schon sehr lehrerlastig. Mein Ansatz ist es, die Bildungsgewerkschaft in den Vordergrund zu stellen, denn Bildung fängt von Kindesbeinen an und hört nicht mit einem pädagogischen Beruf auf. In diesem Zusammenhang freue ich mich über die Öffnung der GEW für den sozialpädagogischen und den Kitabereich. Meine Kolleginnen und Kollegen leisten sehr gute pädagogische Arbeit und das oft unter extrem schlechten Rahmenbedingungen. Als Fachgruppe unterstützen wir das Bündnis für Qualität und die Schaffung einheitlicher bundesweiter Standards. Wir werden jede Möglichkeit nutzen, uns aktiv mit einzubringen.

Wie geht es weiter mit dem Kita-Gesetz unter der neuen Landesregierung?

// **Brunhilde Seeber, Leitungsteam FG Kita im Stadtverband Köln und im Leitungsteam der Landesfachgruppe NRW**

Noch gut in Erinnerung ist bei vielen Kolleg*innen der Zeitpunkt an dem die Arbeitsgemeinschaft „Neues Kitagesetz NRW“ im Februar 2016 ins Leben gerufen wurde. Jetzt kann man sagen, lang ist es her und wir sind nicht wirklich viel weiter gekommen, denn 2017 bekam NRW eine neue Landesregierung. Die Eckpunkte und die gemeinsamen Forderungen von DGB, GEW und ver.di, stehen nach wie vor im Fokus der Gewerkschaften. In einem Brief zu Beginn des Jahres an Minister Dr. Joachim Stamp (siehe forum Ausgabe 2/2018, S. 18-19) verdeutlichte eindringlich unsere Landesvorsitzende Dorothea Schäfer nochmals die Positionen der GEW zu dem Themenfeld frühkindliche Bildung.

Fachgespräche im Landtag

Nun, nach fünf weiteren Monaten kurz vor der Sommerpause der Landesregierung, hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Gewerkschaften und verschiedene Verbände zum Gespräch eingeladen. Die GEW war durch Maïke Finnen, dem Leitungsteam des Referats J, der Vertreterin von Joyce Abebrese, Hella Eberhardt sowie dem Leitungsteam des Fachgruppenausschusses des Landesverbands und der Leitung der Fachgruppe Kita des Stadtverbandes Köln stark vertreten. Das Gespräch fand am 20. Juni 2018 mit Josefine Paul (MdL) in Düsseldorf statt. Es soll als Grundlage zu anstehenden Diskussionen als Oppositionsfraktion im Landtag dienen. Vier Punkte sollen, aus Sicht der GRÜNEN, in das neue Gesetz mit einfließen:

1. Das neue Gesetz muss vom Kind aus gedacht werden. Kinder haben ein Recht auf Schutz, Partizipation und Entwicklung. Das zentrale Ziel einer neuen Gesetzgebung ist die bestmögliche Entwicklung der Kinder in NRW.
2. Das neue Gesetz muss qualitativ gut sein. Qualität zeichnet sich vor allem durch den Personalschlüssel und die Qualifikation des Personals aus. Eine gute Betreuung bedeutet auch, den Kindern gute Ernährung und Bewegung in den Einrichtungen zu ermöglichen.
3. Das Gesetz muss eine nachhaltige und auskömmliche Finanzierung sicherstellen.
4. Das neue Gesetz muss inklusiv sein und der Diversität unserer Gesellschaft gerecht werden. Ein hoher Prozentsatz an Kindern ist in NRW von Armut betroffen. Bildungsinstitutionen müssen sowohl die

Vielfalt als auch die Herausforderungen annehmen, die durch Armut in unserer Gesellschaft entstehen. Die Kitas der Zukunft sind multikulturell und inklusiv.

Für den 02. Juli 2018 lag eine weitere Einladung zu einem Werkstattgespräch der Fraktionen von CDU und FDP im Landtag unter dem Motto: „Wir gestalten die Zukunft frühkindlicher Bildung! Das KiBiz gemeinsam neu gestalten“ an. Auch hier war die GEW wieder gut vertreten, mit im Gepäck ebenfalls erneut das gemeinsam erarbeitete Eckpunktepapier der Gewerkschaften.

Mit einem Eingangsstatement von Marcel Hafke (MdL der FDP-Landtagsfraktion) und Jens Kamieth (MdL der CDU-Landtagsfraktion) wurde die Gesprächsrunde mit folgenden Zielen wie: auskömmliche Finanzierung, Qualitätsverbesserungen, Bürokratieabbau und Vereinbarkeit von Familie und Beruf eröffnet. Minister Stamp bekräftigte nochmals, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Vordergrund stünde. Eine dauerhaft auskömmliche und vereinfachte Kita-Finanzierung und eine bedarfsorientierte Flexibilisierung der Kita-Öffnungszeiten sollen umgesetzt werden. Dabei wären 24-Stunden-Kitas ein Randphänomen. Allerdings würde die Umsetzung eine längere Vorlaufzeit benötigen, gerade um solche Schwierigkeiten wie mit dem jetzigen KiBiz zu vermeiden, könne erst ab 2020/21 mit einem neuen Gesetz gerechnet werden. Weitere Erläuterungen zum „WIE“ der Umsetzung gab es leider nicht.

Wir werden uns stark machen und zu unseren Forderungen stehen!

Kita-Demo in Berlin

Dass so schnell wie möglich ein neues Kita-Gesetz auf den Weg gebracht werden muss, zeigt sich nicht nur in NRW, sondern bundesweit. In Berlin demonstrierten Ende Mai Tausende von Eltern und Kindern gemeinsam mit ihren Erzieher*innen. Organisiert wurde die Demo vom Elternbündnis „Kitakrise“, die eindrucksvoll in einem langen Protestzug vom Bahnhof Friedrichstraße zum Brandenburger Tor zogen. Mehr Kita-Plätze und eine bessere Qualität der Betreuung waren Kernforderungen dieser Demo.

Obwohl sich die Zahl der Kita-Plätze in Berlin in den vergangenen Jahren auf 170.000 erhöht hat, fehlen unterm Strich momentan etwa 2.500 Plätze mit der Folge, dass etliche Eltern keine wohnortnahe Betreuung für ihren Nachwuchs bekommen.

Gleichzeitig wächst die Stadt jährlich um rund 40.000 Einwohner, darunter viele Familien mit Kindern. Zudem erlebte Berlin 2016 und 2017 mit je 41.000 Geburten einen Baby-Boom. In den kommenden drei Jahren soll die Anzahl der Plätze nach Senatsangaben auf 193.000 steigen. Um das jedoch zu realisieren, werden zusätzlich 5.500 Erzieher*innen gebraucht.

„Gute-Kita-Gesetz“ für 2019 geplant

Anfang Mai legte Familienministerin Franziska Giffey ein neues Kinderbetreuungsgesetz zur Abstimmung in den Ressorts vor, das im nächsten Jahr in Kraft treten soll. Dies sieht vor, die unterschiedlichen Rege-

lungen in den Bundesländern, zum Beispiel zum Betreuungsschlüssel oder zur Fachkräfteausstattung, zu vereinheitlichen. Es gehört laut Ministerin auch dazu, dass Auszubildende kein Schulgeld mehr zahlen und besser vergütet werden. Vorgesehen sei auch, durch neue Qualifizierungen und höhere Löhne mehr Erzieher*innen anzuwerben.

Dies wird auch nötig sein, da in den nächsten Jahren viele der heute noch tätigen Erzieher*innen in den Ruhestand gehen. Das Thema geht auch an Köln nicht spurlos vorbei. Baby-Boom und fehlende Kita-Plätze sind hier genauso wie in Berlin und anderen Großstädten Problem Nummer Eins.

Die Kita-Situation in Köln

Mit jeweils rund 11.800 Geburten in den Jahren 2016 und 2017 sind in Köln die Zahlen ebenfalls stark angestiegen. Bisher stehen Eltern 225 städtische Kitas und 465 Einrichtungen von Trägern der freien Jugendhilfe zur Verfügung. Laut Prognosen werden allerdings bis zum Jahr 2025 in Köln 140 Kindertagesstätten fehlen. Geplant sind von der Stadt derzeit nur 90 Kitas; ein Defizit von 50 Kindergärten bleibt.

Hauptproblem, so Jugenddezernentin Agnes Klein, seien die wenig günstigen Flächen, die bereitstünden, um dort weitere Kindertagesstätten zu bauen. Großtagespflegen sollen helfen, den Bedarf an Betreuungsplätzen zu decken, der durch Kitas und Tageseltern allein nicht aufzufangen ist. In Großtagespflegen arbeiten mehrere Tageseltern in angemieteten Räumen zusammen. Ein Genehmigungsverfahren durch die Stadt Köln ist in diesen Fällen einfacher, als auf spezielle Unterbringungsmöglichkeiten auszuweichen oder auf die Fertigstellung von Neubauten zu warten. In diesen Großtagespflegen kann jede Gruppe neun Kinder umfassen und wird von zwei Personen betreut. Gerade im Rechtsrheinischen, wo die Zahl der Kitaplätze nicht ausreicht, soll dieses Angebot der Großtagespflegen stark erhöht werden.

Nach derzeitigen Planungen werden im Jahr 2019 rund 14.200 Kitaplätze für Kinder unter drei Jahren vorhanden sein. Dies entspricht einer Versorgungsquote von 42,1 Prozent. Hier muss eindeutig noch mehr Geld in die Hand genommen werden, um bessere Rahmenbedingungen für Erzieher*innen zu schaffen und eine attraktive Bezahlung anzubieten, gerade um junge Menschen für den Beruf der Erzieherin/des Erziehers gewinnen zu können.

In der Tarifrunde 2018 wurde bereits ein Anstieg der Bezahlung erreicht, aber vieles muss sich noch ändern. Aus diesem Grund sollten wir uns gut auf die nächste Tarifrunde 2020 vorbereiten, um endlich stärkere Veränderungen zu erkämpfen.



Die junge GEW und das Dosenwerfen auf dem Hum-Festival

// **Helena Steuer, Junge GEW Köln**

Auch in diesem Jahr war die junge GEW wieder mit einem Stand auf dem Festival der Humanwissenschaftlichen Fakultät vertreten. Das Festival für die Studierenden bietet einen kommunikativen Ort der Gemeinschaft und viele Interessierte bewegen die gleichen Themen. Themen, die augenblicklich insbesondere in den sozialen Bereichen Unmut erzeugen und denen sich die GEW annimmt, um die Umstände der Betroffenen zu verbessern.

Die junge GEW hat aus diesem Grund DIE Aktivität des Festivals geboten: Studis, Interessierte und Besucher*innen hatten die Gelegenheit im Dosenwerfen sich all der Themen zu entledigen, die nicht nur verärgern, sondern teilweise auch ratlos machen: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Kettenverträge, Ungleiche Bildungschancen, Ungleiche Bezahlung sowie Studiengebühren, jeweils visualisiert als Dose, sind nur einige der angesprochenen Probleme. Über das Dosenwerfen sind viele Gespräche entstanden, Sorgen konnten besprochen und Ideen gesammelt werden, welche Wege es

gibt, um die Dinge anzugehen und zu verbessern. Die junge GEW konnte so insbesondere bei den jungen Menschen in der Ausbildung erkennen, wie präsent diese Probleme in den vielfältigen Leben stattfinden und wie wichtig es ist, gemeinsam zu arbeiten und zu handeln.

Ein weiteres Highlight war der Buttondrucker, der großen Anklang fand und insbesondere durch das „Selbermachen“ manchen Ehrgeiz weckte, den kreativsten Button herzustellen.

Je länger das Festival andauerte, desto länger wurde die Schlange für das Dosenwerfen und je häufiger konnte man die berühmten GEW-Becher auf dem Festivalgelände entdecken. Hier war die junge GEW da, um für die aufgeworfenen Probleme auf den Dosen, Lösungsansätze zu formulieren und auch darüber wieder ins Gespräch zu kommen.

Ein schöner Tag und schöner Abend, an dem deutlich wurde: Gemeinsam ins Gespräch zu kommen, ist der erste Schritt, um gemeinsam zu handeln und gemeinsam Veränderungen herbeizuführen.

Nach der Sommerpause trifft sich die Fachgruppe Kita des Stadtverbandes Köln wieder zur gewohnten Zeit.

**Montag, 10. September 2018 und Montag, 12. November 2018
jeweils um 18.30 Uhr, im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1**

Es gibt wieder wichtige Themen, die wir aufgreifen und diskutieren müssen, um gemeinsam zu überlegen, wie wir unsere Anliegen umsetzen können.

Alle Interessenten sind herzlichst eingeladen!

Es bedarf keiner Anmeldung, kommt einfach und diskutiert mit uns!

Kontakt:

Brunhilde Seeber, E-Mail: brunhilde.seeber@icloud.com

Für Sichtbarkeit, gegen Diskriminierung

Veranstaltungen und Demo-Teilnahmen der LSBTI*-Lehrkräfte der GEW beim CSD 2018 // **Bodo Busch, AK Homosexuelle Lehrkräfte**



Coming Out in deinem Style" war das Motto des diesjährigen Cologne Pride des Kölner Christopher-Street-Days. Der Cologne Pride bildet seit 2003 den Rahmen für ein zweiwöchiges Programm rund um den CSD in Köln.

Coming Out in der Schule?

Dazu passte die besondere Veranstaltung „Coming Out in der Schule?“, die die AG LSBTI der GEW NRW 2018 im dritten Jahr, wieder ausgebucht, im Veranstaltungs-Programm des Cologne Pride in Kooperation mit dem Landesprojekt „Schule der Vielfalt“ in den Räumen des Kölner LSBTI*-Beratungszentrums Rubicon anbot. LSBTI* steht für lesbisch, schwul, bisexuell, trans* oder inter*.

Es ist immer wieder verblüffend, wie hilfreich der moderierte Erfahrungsaustausch erlebt wird, wie andere mit der Frage umgehen, mit wem sie in der Schule wann und wie über ihre LSBTI*-Identität spre-

chen. Wiederkehrende Argumente: Vermutlich sind sichtbare LSBTI*-Lehrkräfte ähnlich wie sichtbare Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte auch für Schüler*innen ein Signal für die Möglichkeit sexueller bzw. kultureller Vielfalt. Wegen der befürchteten oder realen Risiken und Nebenwirkungen gibt es aber nicht den einen richtigen Weg. Und neben der Verantwortung der Lehrkraft für ihren Weg gibt es auch eine Verantwortung des Systems für die Rahmenbedingungen.

Das deckte sich mit den Erkenntnissen der zweiten Veranstaltung „Anti-Diskriminierung für Lehrkräfte und Personalräte“ im Kölner DGB-Haus. Charlotte Kastner von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) stellte die Ergebnisse einer online-Befragung von 835 LSBTI*-Lehrkräften aus ganz Deutschland vor. Highlights: 43,5 % würden alles in allem davon sprechen, dass sie an ihrer derzeitigen Schule offen mit ihrer LSBTIQ*-Identität umgehen, 43,6 % nicht (Rest: „weiß nicht“ oder „keine Angabe“), während 80 % der Befragten in ihrem

privaten Umfeld offen mit ihrer Identität umgehen.

Ergebnisse der online-Befragung von LSBTI*-Lehrkräften

Als Gründe gegen offenen Umgang wurden genannt: befürchtete Stigmatisierung (58 %), Angst vor Respektverlust (54 %), eigene Unsicherheit (47 %), Angst vor Ausgrenzung (41 %), die Identität sei Privatsache (39 %), die Notwendigkeit werde nicht gesehen (31 %). Lehrkräfte werden vom Arbeitgeber kaum über den Diskriminierungs-Schutz durch das Allgemeine Gleichbehandlung-Gesetz AGG aufgeklärt. Die im AGG vorgeschriebenen Beschwerdestellen für Beschäftigte sind selten vorhanden oder bekannt. Dabei hat knapp ein Drittel aller teilnehmenden Lehrkräfte Diskriminierung anhand ihrer LSBTIQ*-Identität erlebt - und dieser Anteil fiel signifikant geringer aus bei Aufklärung über den AGG-Schutz durch den Arbeitgeber, Vorhandensein einer schulischen Beschwerdestelle, Diskriminierungsschutz



Was tun, wenn Kinder oder deren Eltern Depressionen haben?

Bericht von der Veranstaltung: „Wenn die Seele Schnupfen hat“ // **Timo Hemmesmann und Heiner Brokhhausen, Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe**

Am 15. Mai 2018 lud die Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe zu einer Veranstaltung zum Thema Depression ein. Als Referentinnen gestalteten Claudia Gliemann, Kinderbuchautorin und Autorin von Kinderliedern, sowie Sarah Kistner, Psychologin und systemische Therapeutin, den Abend.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung durch Esther Brandt und Heiner Brokhhausen von der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe begann Frau Gliemann, die Autorin des Kinderbuches „Papas Seele hat Schnupfen“, mit einer musikalischen Lesung. Sie kombinierte die Lesung abwechselnd mit Liedern, die sie auf ihrer Gitarre begleitete. Parallel wurden Bilder aus dem Kinderbuch auf der Leinwand gezeigt. Mit ihrem Beitrag näherte sie sich sehr einfühlsam dem schwierigen Thema und erzeugte unmittelbar eine sehr eindringliche Atmosphäre, die die Zuhörer*innen in ihren Bann zog. An die musikalische Lesung schloss sich ein Fachvortrag der Psychologin Sarah Kistner an. Sie hat gemeinsam mit Claudia Gliemann das Kinderbuch entwickelt und die fachliche Unterstützung geliefert. In ihrem fundierten Vortrag ging sie zunächst auf psychische Erkrankungen im Allgemeinen ein. Hierbei beeindruckte besonders die Tatsache, dass jeder Zweite im Laufe seines Lebens eine psychische Erkrankung erleidet. Anschließend informierte sie sehr anschaulich mit Beispielen aus der Praxis über Formen von Depression, ihre Ausprägung, Kennzeichen und Folgen. Sie verdeutlichte, welche Konsequenzen die Erkrankung für betroffene Kinder als auch für Kinder von Eltern mit Depressionen haben und welche Möglichkeiten Pädagog*innen haben, diese Kinder zu unterstützen. Im Anschluss an den Vortrag gab es noch die Möglichkeit, Fragen zu stellen und sich auszutauschen. Dies wurde vom Publikum intensiv genutzt. An dieser Stelle noch einmal herzlichen Dank an Frau Gliemann und Frau Kistner für diesen sehr berührenden und informativen Abend.

in der Schulordnung oder Thematisierung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in offiziellen Lehrplänen! Dazu passte der zweite Vortrag, in dem Juristin Isabel Teller vom Gleichbehandlungsbüro Aachen über Rechte von Lehrkräften nach dem AGG aufklärte, und wie die (eigentlich) umzusetzen wären. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe des forums!

Für Sichtbarkeit und gegen Diskriminierung wirken auch die Aufkleber, Infozettel, Transparente, Ballons und T-Shirts, mit denen schwule und lesbische Lehrkräfte 2018 mit Unterstützung der GEW NRW und der Stadtverbände gut erkennbar als Fußgruppe an den CSD-Demonstrationen in Köln, Düsseldorf, Bielefeld und mit Stand beim Straßenfest in Aachen teilnahmen. Während in den vorigen Jahren die Materialien noch durch die Adresse „www.schwule-lehrer.de“ bestimmt waren, verweist das neue Design auf www.lsbt.de und spricht die mögliche Vielfalt von LSBTI* Lehrkräften an.

Integration durch Bildung – Das Kommunale Integrationszentrum in Köln

Interview mit Torsten Rex (KI) // **Tilo Limbach, Mitglied des AK LEMK**

In NRW gibt es neben Bezirksregierung und den Schulämtern noch die Kommunalen Integrationszentren. Welche besonderen Aufgaben hat das KI? Ist das KI nur beratend tätig? Wie sieht die Zusammenarbeit mit dem Schulamt aus? Gibt es eine Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung?

Hier in Köln gehört das Kommunale Integrationszentrum zum Dezernat V für Soziales, Integration und Umwelt. Wir sind eine von vier Abteilungen der Dienststelle „Diversity“, die sich für Vielfalt in Köln einsetzen. [...] Die Integrationsarbeit ist sehr vielfältig. Wir sind wie alle anderen Kommunalen Integrationszentren tätig in den Bereichen „Integration durch Bildung“ und „Integration als Querschnittsaufgabe“.

Einer unserer beiden Schwerpunkte liegt im Bereich „Seiteneinstieg“. Das sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die erst vor Kurzem nach Deutschland gekommen sind. Sie brauchen besondere Unterstützung, um später Ihre Schulabschlüsse zu machen oder eine Ausbildung zu beginnen. [...]

Das KI ist mit dem Schulamt und der Bezirksregierung in einem engen Austausch. Es finden regelmäßig Austauschtermine statt und darüber hinaus Abstimmungen nach Bedarf.

Konkret findet vor der Schulplatzvergabe im KI eine Beratung für die neuzugewanderten Kinder und Jugendlichen sowie deren Eltern bzw. Sorgeberechtigten. Beratungsinhalt ist u.a. die Information über das Schul- und Bildungssystem in NRW sowie in Köln. In diesem Beratungsgespräch werden die Daten der Kinder und Jugendlichen aufgenommen und an die schulzuweisende Behörde (Primar- und Sekundarstufe I: Schulamt der Stadt Köln; Sekundarstufe II: Bezirksregierung). Von hier aus erfolgt dann zeitnah die Schulplatzzuweisung.

Zudem ist es bedeutsam, dass die unterschiedlichen Akteure, die am Integrations- und Bildungsprozess beteiligt sind, miteinander vernetzt werden. Hierbei nehmen wir eine koordinierende und in Teilen auch steuernde Funktion ein und begleiten die Vernetzungsprozesse inhaltlich und strukturell.

Im November 2017 hat die Ministerin Frau Gebauer (MSB) das KI Köln besucht. Der Erlass zur Beschulung von neu Zugewanderten ist in Überarbeitung. Professor Aladin El-Mafaalani hat Anton Rütten im Ministerium für Kinder, Familien, Flüchtlinge und Integration als Abteilungsleiter für Integration abgelöst. Welche Wünsche und Erwartungen haben Sie an die neue Regierung?

Das KI Köln wünscht sich von der Landesregierung, dass die beiden Ministerien (MSB und MKFFI) und auch die Landesweite Koordinierungsstelle für die Kommunalen Integrationszentren (Laki) NRW weiterhin die operative, strukturelle und strategische Arbeit des KI in Köln fundiert und zuverlässig unterstützen. Dafür braucht es auch in Zukunft eine inhaltlich und personell starke LaKI.

Da der Erlass zur Beschulung neu Zugewandelter noch nicht veröffentlicht ist, können wir hierzu bis dahin keine Aussage treffen.

Halten Sie die Integration von Kindern und Jugendlichen in Köln für gelungen? Welche Faktoren tragen Ihrer Meinung nach dazu bei? Welche Aufgaben sehen Sie für das KI?

Aus unserer Sicht ist Bildung ein wichtiger Bestandteil einer gelingenden Integration. Dazu gehört auch, dass sowohl der Zugang als auch die ermöglichte Teilhabe an den Bildungsinstitutionen gewährleistet ist und auch eine gelebte Mehrsprachigkeit reali-

siert wird. In beiden Bereichen unterstützt das KI fachlich, strukturell und durch Vernetzungsangebote.

Bei allem Engagement und aller Fachlichkeit der vielen Akteure in und außerhalb von Schule gibt es noch deutlichen Verbesserungsbedarf. Als Beispiele sind zu nennen die Übergänge vom so genannten Seiteneinstieg in die Regelbeschulung, der Bereich Übergang Schule/Beruf, der noch zu sehr davon ausgeht, dass die jungen Menschen das hiesige komplette Schulsystem durchlaufen haben. Für Neuzuwanderte sind unsere Regelsysteme teilweise lückenhaft. Es gibt viele gute Projekte, aber noch nicht durchgängige, verlässliche Angebote als Teile eines Gesamtkonzeptes.

In verschiedenen Schulformen wird die Integration neu zugewandelter Schülerinnen und Schüler sehr unterschiedlich gehandhabt. So gibt es einerseits die im Erlass als SFG bezeichneten integrativen Konzepte, exklusive Vorbereitungsklassen und Unterricht in Teilstandorten, wie in Köln am Schillergymnasium, wo Schüler*innen in einem Nebengebäude mit eigenen Abschlüssen exklusiv unterrichtet werden. Haben Sie Erfahrungen oder Erhebungen, wie der Erlass an Sek I -Schulen umgesetzt wird? Wird die integrative Beschulung gefördert? Werden schulische Konzepte evaluiert?

Das KI steht auf der einen Seite den Kindern und Jugendlichen sowie deren Sorgeberechtigten beratend bei der Schulplatzvergabe zur Seite. Auf der anderen Seite unterstützt das KI die Schulen und Lehrkräfte durch bedarfsgerechte passende Angebote zur integrativen Schulentwicklung. Insbesondere durch Praxistreffen, Workshops und Vernetzungstreffen. [...]

Bei den Kölner Schulen gibt es eine Vielzahl von Konzepten zur Umsetzung der im

Erlass vorgegebenen Sprachfördergruppen, die ausgerichtet sind nach den schulinternen Bedingungen und schulspezifischen Bedarfen. Das KI unterstützt bedarfsgerecht die Schulen bei der Einrichtung von Sprachfördergruppen und deren konkreter Umsetzung. Es evaluiert die schulischen Konzepte nicht.

Die Zahlen der neu Zugewanderten gehen in den letzten Jahren stetig zurück. Welche Auswirkungen hat das auf die Beschulung? Wie viele VKs/SFGs sind in der zurückliegenden Zeit geschlossen worden, wie sehen die Planungen dazu aus?

Zurzeit sind bei den Kölner Schulen ausreichend Schulplätze für Seiteneinsteiger*innen vorhanden. Es gibt annähernd keine Wartezeiten bei der Schulplatzvergabe der neuzugewanderten Kinder und Jugendlichen. Für die Einrichtung und weitere Planungen sind die schulaufsichtlichen Behörden zuständig, die die Umsetzung bedarfsgerecht anpassen.

Vielen Dank für die Beantwortung der Fragen!

(Das Interview wurde mit Torsten Rex vom Kommunalen Integrationszentrum am 17.5.2018 per E-Mail durchgeführt.)
Tilo Limbach (LEMK)



Übergänge erfolgreich gestalten

// **Ute Geuss, Mitglied AK LEMK**

Lehrer*in in einer Vorbereitungsklasse zu sein heißt, vielen Herausforderungen zu begegnen. Wir haben es mit Schüler*innen zu tun, die unterschiedlichste Lernbiographien mitbringen. Teilweise haben die Schüler*innen mehrere Jahre keine Schule besucht, müssen noch alphabetisiert werden, stehen kurz vor der Erfüllung der Schulpflicht, ohne Perspektive auf einen Schulabschluss.

Alle diese Schüler*innen sollen wir darauf vorbereiten, dass sie so schnell wie möglich in das Regelsystem wechseln können. In der vorgesehenen Zeit von zwei Jahren ist diese Aufgabe kaum zu bewältigen, gilt es doch, die Unterschiede der Bildungssysteme auszugleichen und die Deutschkenntnisse auf ein bildungssprachliches Niveau zu bringen. Doch selbst für die besten Schüler*innen gibt es teilweise nicht genug Plätze, auch beim besten Willen der Schulleitung und des Kollegiums zur Integration. Denn bei 31 oder 32 Schüler*innen ist ein erfolgreiches Arbeiten kaum mehr möglich. Dabei brauchen diese Schüler*innen noch besondere Unterstützung, da sie in den Vorbereitungsklassen zwar eventuell auf B1 Niveau gebracht worden sind, aber bildungssprachlich noch lange nicht so weit sind. Die Herausforderung für die Regelklassen heißt dann sprachsensibler Fachunterricht. Wie das bei den knappen Ressourcen neben Ganztags und Inklusion zu stemmen sein soll, bleibt weiterhin unklar.

Ein neuer Erlass der Landesregierung ist in Arbeit. Es bleibt sehr zu hoffen, dass er die Rahmenbedingungen für die Integration neu zugewandelter Schüler*innen verbessert.

Lehrer*innen der Regelklassen brauchen kleinere Klassen, wenn sie neu zugewanderte Schüler*innen aus den Vorbereitungsklassen übernehmen, um diese Schüler*innen individuell und sprachsensibel zu fördern.

Stadt und Bezirksregierung müssen noch besser zusammenarbeiten, damit Schüler*innen am Regelschulsystem von Beginn an teilhaben können, denn frühzeitige Integration ist der Schlüssel zum Bildungserfolg.

Einladung
Basisqualifizierung für Mitglieder
in Lehrerräten an Grundschulen

Lehrerräte machen sich fit!

Ort: Köln
Termin: Montag, 12.11.2018 von 9 Uhr bis 16.30 Uhr

Unsere Fortbildung ist für Kolleg*innen sinnvoll, die neu im Lehrerrat arbeiten, und bietet Gelegenheit, in früheren Fortbildungen erworbenes Wissen zu erneuern. Gegenstand der Fortbildung ist die an allen Schulen in NRW - einschließlich der Grundschulen - geltende Rechtslage.

Themen:

- Der neue Lehrerrat, Rollenverständnis,
- Wahlverfahren,
- Rechtliche Grundlagen,
- Mitbestimmungsrechte, weitere Beteiligungsrechte,
- Zusammenarbeit mit der Schulleitung, der Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen, der Schwerbehindertenvertretung und dem Personalrat bei der vorgesetzten Schulaufsichtsbehörde

Fallbeispiele

Unser gewerkschaftliches Angebot ist dem staatlichen Angebot gleichgestellt. Daher gilt, dass ...

- Mitglieder in Lehrerräten selbst entscheiden, welches Angebot sie wahrnehmen,
- den Teilnehmer*innen keine Kosten entstehen,
- die Teilnahme im besonderen dienstlichen Interesse liegt und die Teilnehmer*innen Sonderurlaub erhalten.

Anstelle eines Mittagessens haben die Teilnehmer*innen Anspruch auf ein Tagegeld in Höhe von 6 Euro für ihren Mehraufwand für Verpflegung.

Anmeldung bitte ausschließlich auf diesen Wegen:

online unter: www.gew-nrw.de/fortbildungen oder an svenja.tafel@gew-nrw.de

Anmeldeschluss: 01.11.2018

Mit der Anmeldebestätigung erhalten Sie die Information über den genauen Tagungsort der Schulung



Den Inklusionsgedanken umsetzen, aber wie?

// **Helena Rohm-Schnak, Mitglied AK LEMK**

Das Thema Inklusion ist in aller Munde, die Umsetzung variiert aber sehr stark. Das hängt sehr stark von den Bedingungen ab, in denen Inklusion stattfindet bzw. stattfinden soll.

Inkludieren heißt so viel wie „einschließen“, „einbeziehen“. Das „wie“ gestaltet sich jedoch von Schulform zu Schulform unterschiedlich. Grundsätzlich verantwortlich sind schulformspezifische Abschlussvoraussetzungen, die unterschiedlichen Curricula und andere Schulformspezifika. Zu diesen eher formalen Kriterien kommen noch die unterschiedlichen Voraussetzungen der Schüler*innen.

Hier ein Versuch sie gegeneinander zu stellen:

| geflüchtete Kinder/Jugendliche | Regelklassekinder |
|---|---|
| entwicklungspsychologische Komponente | in einer altershomogenen Klasse gleich |
| fluchtspezifische Komponente | sind in der altershomogenen Klasse weitgehend unbekannt |
| herkunftsspezifische Komponente | divergiert |
| fehlende Sprachkompetenz | Sprachkompetenz vorhanden |
| kulturelle Besonderheiten | divergiert |
| damit zusammenhängende Wertevorstellungen | divergieren |
| Schulsystem weitgehend unbekannt | Schulsystem bekannt |

Alle Inklusionsbestrebungen müssen diese Aspekte einkalkulieren.

Inwiefern und mit welchen Mitteln kann das im laufenden Schulbetrieb in einer Regelklasse geleistet werden? Gehen wir von normalen Klassenstärken von durchschnittlich 28 Schüler*innen aus, ohne Teamteaching oder Doppelbesetzung, dann ist eine individuelle Zuwendung unmöglich. Diese Art von Betreuung ist aber nötig, wenn die Sprachkompetenz

nicht ausreicht, um dem Lehrstoff rudimentär zu folgen. Auch ein Helferprinzip anzuwenden, muss als Methode erst eingeübt werden, da meiner Erfahrung nach Gruppen- oder Partnerarbeit weitgehend unbekannt sind.

Somit wird ein ausschließliches Einbeziehen in eine Klassengemeinschaft i.S. einer Inklusion nur unter größten Schwierigkeiten möglich. Eine umgehende Übernahme in eine Regelklasse ist erst nach Feststellung der Sprachkompetenz anzuraten. Wobei die gängigen Bezeichnungen nach dem ERR für die in der Schule benötigte Bildungssprache nicht aussagekräftig ist, bzw. erst ab C1 greifen. Mit B1 sind die sozialen Kontakte durch die Umgangssprache möglich. Daher, zum Erlernen der Bildungssprache, benötigt der/die Schüler*in auf jeden Fall noch flankierenden DaZ-Unterricht.

Ein weiteres Kriterium ist das Entwicklungsalter der geflüchteten Kinder. Während jüngere Kinder ca. bis 12-13 Jahre sehr kreativ und spontan in das Lernen stürzen, erlebe ich die Jugendlichen, die sich in der Pubertät befinden, als dreifach belastet:

- neue Sprache lernen
- sich in einem unbekanntem Land zurecht finden
- die Schwierigkeiten bewältigen, die eine Pubertät mit sich bringt.

Als Letztes wären noch diejenigen Schüler und Schülerinnen zu erwähnen, die der lateinischen Schrift nicht mächtig sind oder gänzliche Analphabeten. Dass bei diesen unterschiedlichsten Schwierigkeiten eine einheitliche Inklusion nicht zielführend ist, ist nachvollziehbar.

Aus diesem Grund haben wir an unserer Schule ein Phasenmodell entwickelt, das durch eine schrittweise Inklusion den bestmöglichen zu erreichenden Abschluss erzielt werden kann...



Im Herbst bietet die GEW Köln wieder zwei Fortbildungen rund um das Thema Pension und Rente mit dem beliebten Referenten Jürgen Gottmann an:

Wege in den Ruhestand – Arbeitszeit bis 66 oder gar 67? Wie komme ich eher raus? für Beschäftigte im , sozialpädagogischen Bereich

am Mittwoch, 14. November 2018 von 18 Uhr bis 20.30 Uhr im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG)

Themen:

Rentenrechtliche Bestimmungen, Rentenwirksame Zeiten, die verschiedenen Möglichkeiten einer Verrentung mit den verschiedenen Altersgrenzen, Teilrenten bzw. Flexirente, Lesen einer Rentenauskunft, Die verschiedenen Abschlüsse bei vorzeitigem Rentenbeginn und ihre Wirkung, Erwerbsminderungsrenten, Die Zusatzversorgung VBL, Zuverdienstmöglichkeiten bei Teilrenten, Hinterbliebenenrenten

Wege in den Ruhestand für Beamtinnen und Beamte:

am Donnerstag, 22. November 2018 von 17 Uhr bis 19.30 Uhr im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, Großer Saal (1. OG)

Themen:

- Die verschiedenen Möglichkeiten der Zuruhesetzung,
- Dienstfähigkeit und Dienstunfähigkeit,
- Die amtsärztliche Untersuchung,
- Ruhegehaltswirksame Zeiten,
- Errechnung des Ruhegehaltes,
- Die verschiedenen Abschlüsse (bei vorzeitiger Versetzung in den Ruhestand aus gesundheitlichen Gründen oder bei Schwerbehinderung),
- Wie wirken sich Beurlaubung, Teilzeit und Teilzeit im Blockmodell auf das Ruhegehalt aus?
- Zuverdienstmöglichkeiten.

Die Teilnahme für GEW-Mitglieder ist kostenlos, Nichtmitglieder zahlen 10 Euro.

Eine Anmeldung ist unbedingt erforderlich an: kontakt@gew-koeln.de und ist nur nach erfolgter Anmeldebestätigung möglich.

Gegen den Rechtsruck!

Bundesinnen- und Heimatminister Horst Seehofer verzeichnet nach seinen Tiraden gegen Geflüchtete und für „sichere Grenzen“ negative Rekordwerte in den Meinungsumfragen. Doch warum treten konservative und rechte Politiker*innen in dieser Art und Weise auf? Geht es „nur“ um Wahlkampfaktik auf dem Rücken von Minderheiten? // **Guido Schönian, Mitglied des GfV und der „forum“-Redaktion**

Als „DIE ZEIT“ im Sommer vergangenen Jahres darüber berichtete, dass die „EU-Außenminister Ausfuhrbeschränkungen [auf Schlauchboote!] beschlossen“ haben, um „Schleppern das Geschäft zu erschweren“, reagierte der DGB-Landesverband in Bayern prompt: Anstatt den Export von Schlauchbooten zu reglementieren, wäre es doch viel eher angebracht, die Ausfuhr von Waffen in Frage zu stellen.

Seither ist ein Jahr vergangen und die neuesten Zahlen über Rüstungsexporte aus Deutschland weisen darauf hin, dass weder die Wirtschaft noch die Politik zum Umdenken bereit sind. Aus der Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion geht hervor, dass in den Jahren 2014 bis 2017 für die Bundesländer Einzelgenehmigungen für den Export von Kriegswaffen im Wert von rund 8,5 Milliarden Euro erteilt worden sind. „Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen [...] sind zu wahren Hochburgen bei Rüstungsproduktion und Waffenexporten geworden“, kritisierte damals Sevim Dagdelen von der Bundestagsfraktion von DIE.LINKE.

wurden im o.g. Zeitraum von bayerischen Rüstungsbetrieben Kriegswaffen im Wert von 3,3 Milliarden Euro produziert und ins Ausland verkauft. Nordrhein Westfalen, wo Rüstungskonzerne wie „Rheinmetall“ 1,8 Mrd. Euro kassierten, liegt auf Platz zwei dieser traurigen Rangliste.

Doch anstatt mit Rücktritt zu drohen, weil es ihm als Innenminister unerträglich geworden ist, das Leid und Elend der über das Mittelmeer flüchtenden Menschen zu ertragen, kokettiert der „Heimat-Horst“ mit Amtsniederlegung, weil er die Wahlen in Bayern vor Augen hat und der Auffassung ist, dass man mit Sündenbock-Politik Wähler*innen zurückgewinnen kann, die ohnehin längst an Gruppierungen wie die AfD verloren gegangen sind. Denn eins ist sicher: Will ein/e rechte/r Wähler*in bei der Stimmabgabe die eigene Gesinnung zum Ausdruck bringen, so wird in den meisten Fällen immer „das Original“ gewählt und nicht die Partei, die auf den rechten Zug mit aufspringen will.

Inwieweit es angesichts der offensichtlichen Gewinnbeteiligung bayerischer Rüstungsunternehmen am weltweiten Waffenhandel hierbei auch um Lobby-Politik für die heimatlichen Waffenschmiede geht, soll an dieser Stelle unbeantwortet bleiben.



Am 17.07.2017 titelte „DIE ZEIT“: „EU schränkt Export von Schlauchbooten nach Libyen ein“; Die Antwort darauf gab der bayerische Landesverband des DGB. Plakat: DGB Bayern

Rüstungsunternehmen aus Seehofers Heimat sind ganz vorne mit dabei

Da liegt die Frage nah, ob Deutschland nicht zu den Zentren zu zählen ist, die den Terror auf der Welt mit zu verantworten haben. Und ausgerechnet die Heimat Seehofers – bzw. die entsprechenden Konzerne dort – profitieren am meisten vom Geschäft mit dem Tod. So



Die „Internationale Organisation für Migration“ (IOM) hat in der ersten Jahreshälfte 2018 bereits 2.108 Tote und Vermisste flüchtende Menschen gezählt, die auf dem Mittelmeer geblieben sind. Die Dunkelziffer wird bei weitem höher liegen. Grafik: ProAsyl

Gründe für rechte Hetze

Würde Deutschland aktuell unter einer Rezession, Massenarbeitslosigkeit und Schlimmerem leiden, fänden sich sicherlich Kommentator*innen, die Analogien zur Weimarer Republik, der Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre und ähnlichem herstellen würden. Tatsache aber ist, dass der Fiskus für das Jahr 2017 Gesamtsteuereinnahmen zu verzeichnen hat, die vom Bundesfinanzministerium auf 734.500 Millionen Euro beziffert werden. Das entspricht

mehr als dem Doppelten des Wertes von 1992 (als die Wiedervereinigung bezahlt werden musste!) und macht wie in allen Jahren seit 1950 einen Anteil von rund 20 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus.

Der öffentlichen Hand geht es finanzpolitisch betrachtet also so gut wie noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Dennoch scheint es für gewisse Politiker*innen opportun zu sein, mit dem Finger auf das schwächste Glied in der Gesellschaft zu zeigen: auf Hilfesuchende, vor Armut Flüchtende und Hungerleider*innen.

Das ist der gesellschaftlichen Situation unangemessen, unmenschlich und darf nicht unwidersprochen bleiben.

Widerstand regt sich



Rd. 6.000 Personen beteiligten sich am 13.07.2018 in Köln an der Demo „Stoppt das Sterben im Mittelmeer“, zu der auch die GEW Köln aufgerufen hatte. Foto: GEW Köln

In der „forum“-Ausgabe 2-2017 berichteten wir von einer Massenkundgebung in Barcelona, an der sich am 18. Februar des Jahres rund 400.000 Menschen beteiligten und die unter dem Motto stand: „Vo-

Beratungsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen in Köln:

Beratung Innenstadt, Herwarthstr. 7 (Eingang Werderstraße), 50672 Köln, Tel.: 0221/279 171 14

Unabhängige Beratungsstelle für Flüchtlinge, Dillenburgstr. 56, Raum 1.A.06, 51105 Köln (Haltestelle: Kalk Post oder Trimbornstraße)
Offene Sprechstunde (ohne Termin): montags und donnerstags von 9-12 Uhr,
aktuelle Informationen unter www.koelner-fluechtlingsrat.de
Tel.: 0221/16824196

Beratung im Flüchtlingszentrum Fliehkraft, Turmstr. 3-5, 70733 Köln (auch auf Farsi)
Nahid Fallahi,
fallahi@koelner-fluechtlingsrat.de

lem acollir!“ (dt.: „Wir wollen euch willkommen heißen!“). Die Beteiligten forderten von ihrer eigenen Regierung, endlich human zu handeln und mehr flüchtende Menschen aufzunehmen.

Am 13.07. dieses Jahres fanden sich rund 6.000 Personen auf dem Bahnhofsvorplatz in Köln zusammen, um an der Demo „Stoppt das Sterben im Mittelmeer“ teilzunehmen, zu der auch die GEW Köln aufgerufen hatte. Auch in anderen Städten zeigen immer mehr Menschen ihre Empörung angesichts einer Politik, die Milliarden-Gewinne am Rüstungsgeschäft erlaubt, Rekord-Steuereinnahmen verzeichnet, auf der anderen Seite aber vor allem den Pflege- und den Bildungsbereich nur mangelhaft finanziert und gleichzeitig die Schwächsten in der Gesellschaft für Ungerechtigkeiten verantwortlich zu machen versucht.

Rechte Stimmung macht auch vor Kitas und Schulen nicht Halt

Hinzu kommt, dass immer mehr Kolleg*innen aus dem Bildungsbereich verstärkt zu spüren bekommen, was rechte Stimmungsmache in der Praxis bedeutet. Abgesehen davon, dass den Mitarbeiter*innen des „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ (BAMF) „zu hohe“ Anerkennungszahlen zum Vorwurf gemacht werden, müssen Erzieher*innen und Lehrkräfte immer häufiger erleben, wie Kinder aus ihren Gruppen und Klassen gerissen und abgeschoben werden.

Wer in solchen Situationen Hilfe benötigt, ist am besten beraten, sich beraten zu lassen. Eine empfehlenswerte Anlaufstelle ist der „Kölner Flüchtlingsrat“.

Wenn es hart auf hart kommt, und rechte Strukturen sogar die Vereinnahmungstaktik versuchen, sei auf das Beispiel der Opel-Beschäftigten in Eisenach verwiesen, die der eigens angereisten AfD-Delegation schnell und eindringlich klarmachten, von wem man keine Solidarität entgegen zu nehmen bereit ist.



OPELANer*innen vertreiben den Gesamtschullehrer und AfD-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Björn Höcke, von einer Kundgebung zum Erhalt des Werks in Eisenach. Bild: Niema Movassat, MdB

Unsere Alternative heißt Solidarität!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in Hanau greift die AfD den DGB öffentlich an, stellt Gewerkschaftssekretäre unter strafpolitischen Generalverdacht und organisiert Proteste vorm Gewerkschaftshaus – und das alles, weil der DGB zum Protest gegen eine Veranstaltung mit der stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Beatrix von Storch aufruft. Damit bekommen die Auseinandersetzungen mit dieser Partei eine neue Qualität. Der Hanauer DGB ruft nun dazu auf, zusammenzustehen!

Zur Vorgeschichte: Als Reaktion auf unseren angekündigten Gegenprotest hatte die AfD in einem offenen Brief angekündigt, den DGB im Hanauer Gewerkschaftshaus zu einem gemeinsamen Dialog offiziell aufsuchen zu wollen. Da Gewerkschaften und AfD keine politischen Verbündeten, sondern politische Gegner sind, hat der DGB das „Gesprächsangebot“ abgelehnt und angekündigt, vom Hausrecht Gebrauch zu machen, sollte die AfD das Gewerkschaftshaus betreten. Daraufhin rief die AfD zu Protesten vor dem Hanauer Gewerkschaftshaus auf. Begründung: Man wolle die Öffentlichkeit über politische Straftaten und Linksextremismus im Kreis informieren. Damit suggerierte sie, der DGB sei in politische Straftaten verwickelt. Die DGB-Funktionäre wurden indirekt sogar mit zerstörten Autoreifen und eingeschlagenen Fensterscheiben in Verbindung gebracht.

Der Vorfall zeigt, wie perfide die AfD vorgeht und mit falschen Fakten die Gesellschaft polarisiert. Und sie verfehlen ihre Wirkung nicht: Beim Hanauer DGB kamen allein gestern drei

Briefe an, in denen offen gedroht wurde. Die Gründe für ihr aggressives Auftreten liegen auf der Hand. Die Gewerkschaften im Kreis positionieren sich seit Jahren immer wieder klar und deutlich gegen Rassismus und in der jüngsten Vergangenheit auch gegen die AfD. Wir sind der Partei damit ein Dorn im Auge. Deshalb sollte dieser Angriff auf einzelne jetzt gemeinsam von uns allen abgewehrt werden. Es sollte deutlich werden, dass es auch über den DGB Hanau hinaus eine relevante Anzahl von Personen und Organisationen gibt, die es ähnlich machen würden und die AfD und ihren Rassismus nicht auch noch diskursfähig machen wollen.

Aus diesem Grund haben wir folgende Bitte: Weiter unten findet ihre eine kurze Solierklärung. Bitte nutzt diese Erklärung, bringt sie in eure Gewerkschaften, Betriebe, Organisationen und Gremien ein und macht deutlich, dass eine Partei, die zu Protesten vor Gewerkschaftshäusern aufruft, kein Interesse an starken Gewerkschaften haben kann, was auch immer sie sie in der Öffentlichkeit beteuert. Zeigen wir der AfD, dass wir gemeinsam zusammenstehen und Angriffe auf einzelne Angriffe auf uns alle sind. Bitte schickt uns die Solierklärung, unterzeichnet von eurem Gremium, möglichst bis zum 31. Juli zurück. Wir werden uns damit gesammelt an die Öffentlichkeit wenden. Wir freuen uns auf eure Rückmeldungen und bedanken uns schon jetzt für eure Unterstützung!

Ulrike Eifler,
Regionsgeschäftsführerin
des DGB-Südosthessen

Der Angriff auf den DGB ist auch ein Angriff auf uns!

Wir erklären uns solidarisch mit dem DGB in Hanau und verurteilen die Angriffe der AfD auf Hanauer Gewerkschafter. Weil der DGB zum Protest gegen eine Veranstaltung mit der stellvertretenden AfD-Vorsitzenden Beatrix von Storch aufgerufen und ein „Gesprächsangebot“ mit der AfD ausgeschlagen hatte, wurden der Hanauer DGB und seine Vertreter in der Öffentlichkeit massiv und zum Teil persönlich angegriffen. Die AfD schreckte auch nicht davor zurück, eine öffentlichen Mahnwache gegen Linksextremismus und politische Straftaten vor dem Hanauer Gewerkschaftshaus durchzuführen. Damit vermittelte sie den Eindruck, die Vertreter des DGB stünden mit konkreten Straftaten in Verbindung.

Wir verurteilen, wie die AfD falsche Fakten schafft und damit die Gesellschaft spaltet. Und wir sagen deutlich: Eine Partei, die zu Protesten vor Gewerkschaftshäusern aufruft, hat kein Interesse an starken Gewerkschaften und der Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen. Der Angriff auf den Hanauer DGB ist auch ein Angriff auf uns. Wir erklären hiermit, dass wir solidarisch an der Seite der Hanauer Kolleginnen und Kollegen stehen. Angriffe auf alle müssen gemeinsam abgewehrt werden. Unsere Alternative heißt Solidarität!

Bildungsprojekt Flucht & Asyl für Kölner Schulklassen

Wie können sich junge Menschen mit den komplexen Themen Flucht und Asyl auseinandersetzen? Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. geht dieser Aufgabe mit Hilfe der finanziellen Unterstützung der Kölner Rotary-Clubs seit Beginn 2017 durch kostenlose Workshops und Projekttagge für Kölner Schulklassen nach. Informativ und methodisch setzen sich Schüler*innen mit den Themenbereichen Flucht und Asyl, Fremdbilder und Vorurteile, sowie Menschenrechte und Toleranz auseinander. Ziel des Kölner Flüchtlingsrat e. V. ist es, junge Menschen zum Mitdenken und Mitmachen anzuregen.

In den Workshops werden wichtige Grundlagen erklärt, Hintergrundinformationen vermittelt und globale Zusammenhänge diskutiert. Die Schüler*innen setzen sich sowohl intensiv mit Fluchtgründen und -wegen, als auch mit den Schwierigkeiten und Chancen im Leben geflüchteter Menschen während ihres Asylverfahrens auseinander und werden so für die Situation und das Leben von Menschen auf der Flucht sensibilisiert.

Die Workshops und Projekttagge werden in Absprache mit der Lehrkraft an die jeweiligen Schulklassen angepasst und entwickelt, sodass diverse Alters- und Schüler*innengruppen erreicht werden können. Die Mitarbeiter*innen erstellen je nach Schulklasse passendes Unterrichtsmaterial und wenden entsprechende Methoden, Spiele und Medien an.

Kontakt: Kölner Flüchtlingsrat e.V., Daniel Wyszecki,
E-Mail: wyszecki@koelner-fluechtlingsrat.de,
T: 0221 – 27917111, Mobil: 0160 – 3421551,
www.koelner-fluechtlingsrat.de

Notizen aus der Arbeit des Kölner DGB



Bezahlbarer Wohnraum für Köln: Wohnungspolitische Forderungen der Kölner Gewerkschaften

Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Schon die klassische „Mittelschicht“ hat Probleme, passenden Wohnraum zu akzeptablen Preisen zu finden. Eine Folge: Arbeitnehmer*innen, die mit durchschnittlichen Gehältern auf bezahlbare Mietwohnungen angewiesen sind, müssen einen immer höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für die Miet- und Mietnebenkosten ausgeben. Für Menschen mit niedrigen Einkünften ist es fast unmöglich geworden, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Köln bekommt die Wohnungsnot nicht in den Griff! Deshalb haben die Kölner Gewerkschaften im April ein Positionspapier mit Vorschlägen und Forderungen veröffentlicht, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das Papier und weitere wohnungspolitische Positionen unter: <https://koeln-bonn.dgb.de/-/EO2>

beitsfreien Sonntags im Einzelhandel und gegen eine Aushöhlung der gesetzlichen Sonntagsruhe. Denn: Wenn der Sonntagschutz im Einzelhandel fällt, werden die Diskussionen über die Ausweitung der Arbeitszeit in anderen Branchen und Dienstleistungen nicht verstummen. Irgendwann wird die Diskussion auch Kitas und Schulen treffen, weil die Eltern, die sonntags im Einzelhandel beschäftigt sind, für ihre Kinder eine Betreuung benötigen. Deswegen sagen die Kölner Gewerkschaften ganz klar: Wehret den Anfängen! Sonntag ist Freizeit! Informationen und Argumente unter: <https://koeln-bonn.dgb.de/-/EO2>



Kölner Geschichte im Film: Bildungspaket für Kölner Schulen

Die Kölner Produktionsfirma KÖLNPROGRAMM hat für Schulen ein Bildungspaket geschnürt. Das Paket bietet Schulen unbegrenzte Vorführ- und Bearbeitungsrechte des kompletten Filmsortiments plus Manuskriptservice. Derzeit umfasst das Sortiment etwa 20 Dokumentationen zur Geschichte Kölns und des Rheinlands. Die Verwendung dieser Dokumentationen als Unterrichtsmaterial ist ohne Zustimmung von KÖLNPROGRAMM rechtlich nicht zulässig. Schulen haben jetzt die Möglichkeit, über einen einmaligen Lizenzbeitrag von 100 Euro (zzgl. 7 % MwSt.) fünf Jahre die Filme frei zu nutzen. Informationen unter: <http://www.koelnprogramm.de/bildungspaket>



DGB-Rentenberatung für angestellte Gewerkschaftsmitglieder

Der DGB Köln bietet jeden zweiten Dienstag im Monat eine Rentenberatung im DGB-Haus an. Vorab ist unbedingt eine Terminvereinbarung nötig bei: Dieter Schormann, Tel.: 02246-8741, Mobil: 0151-25044295, E-Mail: Dieter.Schormann@ish.de

Die GEW ist Mitgliedsgewerkschaft im Dachverband deutscher Gewerkschaftsbund (DGB). Der DGB umfasst 8 Einzelgewerkschaften. Neben der GEW sind das: IG Metall, ver.di (Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft), IG BCE (Bergbau, Chemie, Energie); IG Bau (Bauen, Agrar, Umwelt), EVG (Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft), NGG (Nahrung, Genuss, Gaststätten), GdP (Gewerkschaft der Polizei).

Der Kölner GEW-Vorstand entsendet Vertreter*innen in den Kölner DGB-Stadtvorstand. Dort finden Austausch und Vernetzung zwischen den Einzelgewerkschaften statt. Gewerkschaftsübergreifende Themen aus der Arbeitswelt werden behandelt, ebenso Themen aus den Bereichen Sozial-, Gesellschafts- und Kommunalpolitik; Positionen oder Aktionen dazu werden beschlossen. Hier einige Notizen aus der Arbeit der letzten Zeit.



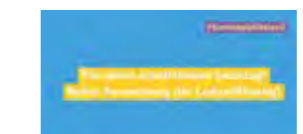
#NO2PERCENT: Kölner Abrüstungsinitiative auf dem DGB-Bundeskongress

Im vergangenen Jahr haben die Kölner Gewerkschaften zum Antikriegstag die friedenspolitische Initiative „#NO2PERCENT – Frieden geht anders!“ initiiert. Die Initiative wurde schnell von Kölner Künstler*innen wie Stephan Brings, Biggi Wanninger, Jürgen Becker oder Björn Heuser, von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und vielen Gewerkschaftsmitgliedern unterstützt. Mittlerweile hat es die Initiative von Köln über Düsseldorf nach Berlin geschafft: Im Dezember 2017 hat sich die Delegiertenkonferenz des DGB NRW - und im Mai 2018 der DGB Bundesvorstand - einstimmig der Initiative angeschlossen. Denn: Zwei Prozent BIP für Rüstungsausgaben, das wären weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, für Bildung, Hochschulen, Schulen und Kitas, für den sozialen Wohnungsbau, für kommunale und digitale Infrastruktur, für eine ökologische und soziale Gestaltung der Verkehrs- und Energiewende und für die Alterssicherung und mehr soziale Sicherheit. Alle Informationen zu #NO2PERCENT gibt es unter: <http://koeln-bonn.dgb.de/-/nOw>



Amazon in Köln: Mehr Chancen als Risiken

Der Kölner DGB hat sich früh gegen eine Ansiedlung des Online-Riesen Amazon im Industriepark Nord ausgesprochen. Investoren, die mit einer „Steuervermeidungsstrategie“ auffallen und sich weigern, Tarifverträge abzuschließen, darf die Stadt nicht den roten Teppich ausbreiten. Amazon muss endlich spüren, dass die Gesellschaft nicht mit dem Geschäftsgebaren des Konzerns einverstanden ist. Der gewerkschaftliche Protest hatte Erfolg: Amazon hat zwischenzeitlich den eingereichten Bauantrag zurückgezogen. Informationen und Hintergründe unter: <https://koeln-bonn.dgb.de/-/EUc>



#MeinSonntag: Gegen eine Aushöhlung der gesetzlichen Sonntagsruhe

Kirchen und Gewerkschaften kämpfen seit Jahren gemeinsam für den Erhalt des ar-

MITDENKEN & MITMACHEN

BILDUNGS-PROJEKT FLUCHT & ASYL

Der Kölner Flüchtlingsrat e.V. bietet kostenlose Workshops und Projekttagge für Schulklassen zu den Themen Flucht, Asyl, Integration und Menschenrechte an.

Der Zeitumfang, die Methoden und genauen Inhalte und Themen können individuell mit den Mitarbeiter*innen des Kölner Flüchtlingsrat e.V. vereinbart werden.

Wenn Interesse an einem Workshop oder einem Projekttag an Ihrer Schule besteht, freuen wir uns von Ihnen zu hören!

Kölner Flüchtlingsrat e.V.
→ Daniel Wyszecki
wyszecki@koelner-fluechtlingsrat.de
Tel.: 0160 342 1551



DEISES PROJEKT WIRD FINANZIERT DURCH DIE KÖLNER ROTARY CLUBS

KÖLNER FLÜCHTLINGSRAT E.V.

Türkei unter Erdoğan: Ausnahmezustand, Verfolgung und internationale Solidarität

Eindrücke von der Reise einer Wahlbeobachter-Delegation nach Diyarbakir im Südosten der Türkei // **Martin Rapp, Bildungsreferent bei „Arbeit und Leben NRW“**

Wenige Tage vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen trafen sich Mitglieder einer Delegation von Wahlbeobachter*innen aus Köln und Bonn in der kurdischen Metropole Diyarbakir mit Aktivist*innen des oppositionellen Gewerkschaftsdachverbandes KESK („Konföderation der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeiter*innen“). Die KESK hat rund 200.000 Mitglieder und ist (wie auch der DGB) Mitglied des „Internationalen Gewerkschaftsbundes“ (IGB) und des „Europäischen Gewerkschaftsbundes“ (EGB).

An dem Gespräch im Büro der Lehrer*innen-Gewerkschaft „Eğitim-Sen“ beteiligten sich auch Vertreter*innen der Transportarbeitergewerkschaft BTS („Birleşik Taşımacılık Çalışanları Sendikası“), der Gewerkschaft „Enerji, Sanayi ve Maden Kamu Emekçileri Sendikası“ (ESM; Energie- und Bergbaubranche), von „Haber-Sen“ (Presse, Publikationen und Post) sowie dem „Sağlık ve Sosyal Hizmet Emekçileri Sendikası“ (SES; Gesundheit und Sozialdienste).

Engagierte Gewerkschaftsarbeit wird stark behindert

Seit der Gründung der KESK im Jahr 1995 sind weit über 100.000 Mitglieder wegen ihres gewerkschaftlichen Engagements oder aufgrund von Meinungsäußerungen strafrechtlich verfolgt, inhaftiert, zwangsweise versetzt oder entlassen worden. In den kurdischen Provinzen wurden zahlreiche Gewerkschafter*innen wegen „separatistischer Propaganda“ und „Unterstützung einer illegalen Organisation“ angeklagt, darunter auch die Mitglieder des Chores der KESK. Ihr Vergehen: Sie hatten auf einem Kongress von „Eğitim-Sen“ kurdische Lieder gesungen, wurden 2002 vom Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir aber freigesprochen. Auch wenn sie als Gewerkschaften keine Wahlempfehlung abgeben, machten die Kolleg*innen in dem Gespräch keinen Hehl daraus, dass ihre Sympathie der HDP gilt, der „Demokratischen Partei der Völker“, die bei der Wahl am 24. Juni trotz aller Repressionen die Zehn-Prozent-Hürde überwinden konnte und 67 Abgeordnete nach Ankara ins Parlament schickte.



Ausnahmezustand als Normalzustand

Unter der Bedingung des Ausnahmezustandes seien ihre Möglichkeiten, Beschäftigte zu organisieren und zu vertreten sehr eingeschränkt, sagte Sefer T. von der Gewerkschaft Energie, Industrie, Bergbau. Wer an Demonstrationen teilnehme, riskiere verhaftet oder sogar getötet zu werden. Neben der Verfolgung als Gewerkschafter*innen, waren die Folgen des Aufstandes von 2016 das beherrschende Thema des Gesprächs. „In den letzten beiden Jahren wurden in der Region ganze Stadtteile dem Erdboden gleichgemacht, tausende Bewohner*innen vertrieben, inhaftiert und getötet, sogar Kinder wurden ermordet“, berichtete der

Am 24. Juni 2018 haben in der Türkei zeitgleich die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen stattgefunden. Allen Unkenrufen und neuerlichen Versuchen der Obrigkeit zum Trotz, die Opposition noch weiter zu schwächen und mundtot zu machen, konnte die linksgerichtete HDP („Demokratische Partei der Völker“) wieder einmal die undemokratische 10-Prozent-Hürde knacken. Ein Grund dafür ist, dass die pro-kurdische Formation Stimmengewinne in den westlichen, nicht-kurdischen Gebieten der Türkei zu verzeichnen hatte.

Kolleg*innen mit Interesse am Aufbau eines Austauschprojekts mit den Gewerkschafter*innen in Diyarbakir, können sich gerne bei der „forum“-Redaktion oder direkt bei „Arbeit und Leben NRW“, der Weiterbildungseinrichtung des „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ und der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen melden. Kontakt: www.aulnrw.de; info@aulnrw.de

Lehrer Abbas S. Während der Kämpfe hätten die Sicherheitskräfte Ärzt*innen und Sanitäter*innen immer wieder daran gehindert, Verwundete zu behandeln, erklärte die Krankenschwester Yekta Y. „In Cizre und Sirnak sind drei Sanitäter von Soldaten erschossen worden“, sagte sie.

Zuspitzung unter Erdoğan

Die Repression habe sich unter Erdoğan nur zugespitzt, sei aber nichts grundsätzlich Neues, meinte der Lehrer Orhan B. „Seit den 1970er Jahren werden fortschrittliche Gewerkschaften in der Türkei verfolgt.“ Allerdings versuche die AKP mit aller Macht, die Gesellschaft zu islamisieren. „Es werden immer mehr private Universitäten und Schulen gegründet, zu denen nur Kinder aus wohlhabenden und religiösen Familien Zugang haben.“ Viele Schüler*innen und Studierende gerieten so unter den Einfluss von islamistischen Imamen, die Dschihadisten nahe stehen

Wie die anderen Gesprächspartner*innen, beklagte auch Sait B., Journalist und bei der Mediengewerkschaft organisiert, die Privatisierung im öffentlichen Dienst. Die Folge sei eine zunehmende soziale Unsicherheit. Die meisten Manager*innen in den ehemals staatlichen Sendern seien Anhänger*innen der Regierungspartei AKP und versuchten ganz unverhohlen Redakteur*innen dazu zu zwingen, „gelben“ (sprich: arbeitgebernahen) Gewerkschaften beizutreten.

Rolle Deutschlands und Möglichkeiten auf gewerkschaftlicher Ebene

Breiten Raum bei der Diskussion nahm die Frage ein, wie die internationale Zusammenarbeit von Gewerkschaften verbessert werden kann. Zwar gäbe es auf der Vorstandsebene institutionalisierte Kontakte, aber nur selten an der Basis, klagten die Gesprächspartner*innen. Sie wünschten sich einen lebendigen Austausch mit aktiven Gewerkschafter*innen in anderen europäischen Ländern, vor allem in Deutschland. Als wichtigster Wirtschaftspartner der Türkei verfüge die Bundesrepublik schließlich über politischen Einfluss in Ankara und das sei für die Verteidigung der Demokratie und der Gewerkschaften wichtig.

Infektionskrankheiten und Impfen

// **Nina Goerges, Rechtsberatung GEW StV Köln**

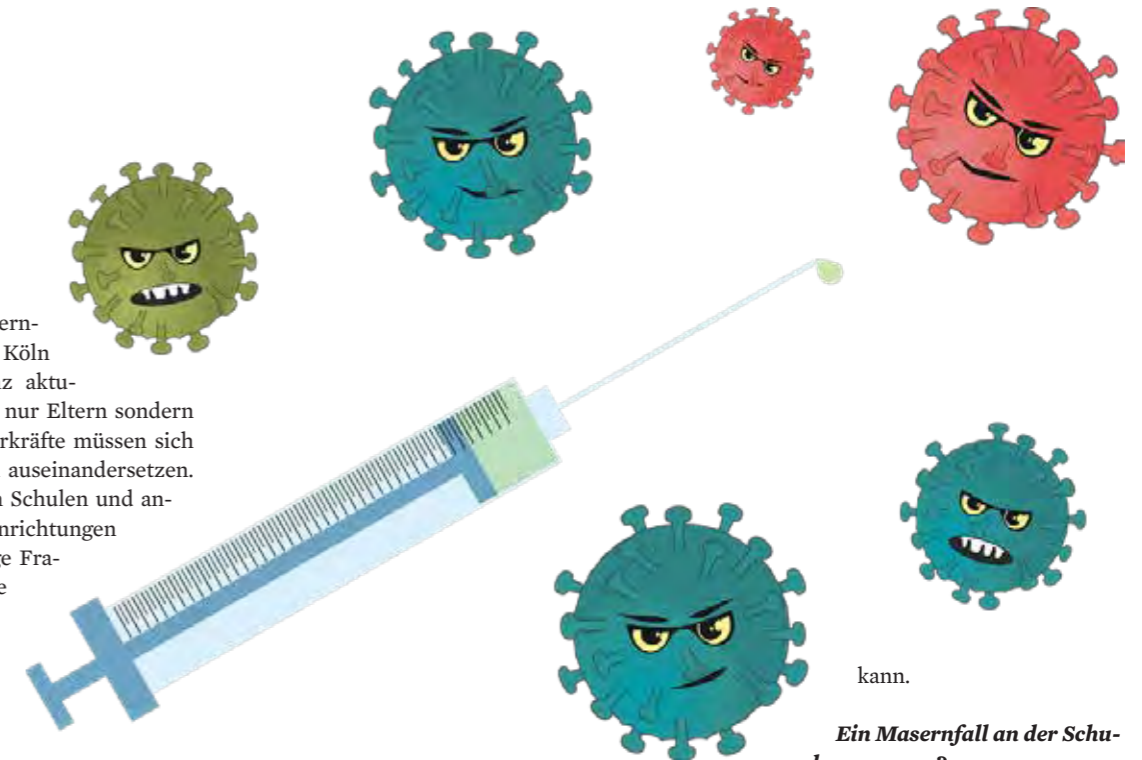
Die Masernwelle in Köln zeigt ganz aktuell: Nicht nur Eltern sondern auch Lehrkräfte müssen sich mit dem Thema Impfen auseinandersetzen. Für die Beschäftigten an Schulen und anderen pädagogischen Einrichtungen ergeben sich dabei einige Fragen. Wir versuchen diese zu beantworten:

Besteht eine Impfpflicht für Lehrer*innen oder Erzieher*innen?

Eine generelle Impfpflicht gibt es in Deutschland nicht. Sowohl die Feststellung des Immunstatus als auch die Schutzimpfung sind freiwillig. Dieses gilt vor allem auch bei Einstellungen. Der Grundsatz ist hier: Ein Arbeitgeber darf eine Einstellung nicht davon abhängig machen, ob ein wirksamer Impfschutz vorliegt. Der Arbeitgeber ist bei Neueinstellungen gerade bei potentiell werdenden Müttern an einem ausreichenden Impfschutz interessiert. Ist eine Frau nämlich nicht geimpft und wird schwanger, kann sich hierdurch ein Beschäftigungsverbot ergeben. Die werdende Mutter würde in diesem Falle während der gesamten Schwangerschaft einem Beschäftigungsverbot unterliegen. Das Urteil des europäischen Gerichtshofs ist hier eindeutig. Sowohl die Frage nach der Schwangerschaft als auch die Frage nach ausreichendem Impfschutz verstößt gegen das Diskriminierungsverbot aufgrund des Geschlechts. Die Bewerberin hat sogar arbeitsrechtlich das Recht, die Frage nach dem Impfschutz unwahr zu beantworten. Sollte die Bewerberin wegen eines fehlenden Impfschutzes nicht eingestellt werden, hätte sie einen Schadensersatzanspruch gegen den potentiellen Arbeitgeber.

Wer bezahlt eine Impfung?

Grundsätzlich tragen die gesetzliche Krankenversicherung und die Beihilfe die Kosten aller Impfungen, die von der „Ständigen Impfkommission des Robert-Koch-Instituts (STIKO)“ empfohlen werden. Die Impfungen selber nimmt dann der Hausarzt vor. Setzt sich eine Lehrkraft allerdings durch die Arbeit besonderen Gefährdungen aus, ist die Krankheitsgefahr also dienstlich bedingt, übernimmt der Dienstherr die Kosten der Impfung. Bei Lehrkräften können das z. B. Impfungen gegen Hepatitis A und B bei dienstlichen Auslandsreisen, ein enger Kontakt zu geflüchteten Kindern oder die Tätigkeit an einer Schule für Kranke sein. Impfwillige sollten sich über die Schulleitung beim Gesundheitsamt bzw. beim arbeitsmedizinischen Dienst erkundigen, ob eine Impfung dort durchgeführt werden



kann.

Ein Masernfall an der Schule – was nun?

Der Gesetzgeber sieht vor, dass der Verdacht bestimmter Erkrankungen dem zuständigen Gesundheitsamt zu melden ist. Geregelt ist diese Meldepflicht im Infektionsschutzgesetz. Meldepflichtige Krankheiten nach diesem Gesetz sind z. B.: Masern, Mumps, Scharlach, Keuchhusten, Windpocken, Hepatitis A, Ruhr (bakterielle) und auch Kopfläuse.

Gemäß § 34 Abs. 5 des IfSG sind außerdem die Eltern bei bestimmten Krankheiten verpflichtet, diese der Schulleitung zu melden. Über diese Meldepflicht muss die Schulleitung alle neu an die Schule kommenden Elternhäuser aufklären. Werden Umstände bekannt, die das Vorliegen einer meldepflichtigen Krankheit annehmen lassen, so hat die Leitung einer Gemeinschaftseinrichtung das Gesundheitsamt unverzüglich zu benachrichtigen

Die Schulleitung kann sogar, wenn eine akute Gefährdungslage vorliegt, eine Schulschließung veranlassen. Dies muss allerdings vorher mit dem Gesundheitsamt abgestimmt werden. Möglich ist auch, dass die Schule zunächst nur von den nachweislich geimpften Kindern und Lehrer*innen besucht werden darf.



Unsere Jubilare mit 50 Jahren Gewerkschaftsmitgliedschaft



Jubilar*innen und Aktive genießen den Abend



Josef Piek führt durch den „Mitsingabend“



Festredner Sebastian Krebs, stellv. Landesvorsitzender der GEW NRW



einige der 25er- und 40er-Jubilar*innen

25 Jahre

Claudia Bauer
Monika Blatzheim
Traute Bonnichsen
Anja Brinker
Kirsten Brück
Jörg Buschmann
Simone Cazin-Eitner
Andreas Eckert
Petra Eisenbarth
Anne Caroline Ferdinand
Kathrin Fischbach
Walter Gaenseln-Ponten
Gabriele Gröbner
Annette Große-Heilmann
Angelika Herberth
Dorothea Heßler-Vorwerk
Hildegard Kaminsky
Doris Kastner
Birgit Kreuels-Jenkes
Ulrike Kuhlmeiy
Renate Künster

Beate Kurek
Britta Langenbeck
Christoph-Ulrich Legutke
Elke Meier-Kläsener
Claire Merkord
Gunhild Mertens
Renate-Margareta Müller
Dieter Oelgart
Andrea Peitz
Helga Peters
Andrea Potthast
Gabriele Probst
Cornelia Rathke
Jan Rethmann
Angela Röttges
Martina Salchow

Ruth Schayer
Klaus Schmidt
Bernd Schwall
Angelika Schwiecker
Anita Spekker
Maria-Theresia Stang
Gudrun Stefes
Etienne Szabo
Sophia Toutsidou
Stefan Ungerechts-Bäumer
Susanne von Daniels
Peter Wedel
Jürgen Weil
Ute Wieland
Hella Winter-Uedelhoven
Heike Winzenried

40 Jahre

Annelie Alexander
Brigitte Angsten
Annegret Arndt
Gabriele Asmuth
Sakir Bilgin
Anka Blendin
Susanne Boecker
Peter Bonus
Wolfgang Braun
Joseph Deventer
Ulrich Dinter
Marita Emmel-Berdelsmann
Klaus Feller
Bernd Fischer
Gabriele Frank
Henning Frey
Anna Friemond
Marielies Froelich
Elisabeth Gaß
Gerd-Willi Geradts
Edith Goergen



Die Anwesenden verfolgen interessiert das Programm



Beate Kleifgen und Wolfgang Raabe moderierten den Abend



DJ Dr. Green sorgt für gute Musik

Jubilar- und Aktivenfeier 2018

// Text und Fotos: Jutta Jilg, GEW-Geschäftsstelle

Am 22. Juni feierte der Stadtverband Köln der GEW sein diesjähriges Jubilär- und Aktivenfest. Rund einhundert Kolleg*innen waren in den Altenberger Hof in Köln-Nippes gekommen, um gemeinsam die diesjährigen Jubilär*innen zu ehren, gemütlich beisammen zu sitzen und sich kulinarisch und kulturell verwöhnen zu lassen. Die Festrede hielt Sebastian Krebs, stellv. Landesvorsitzende der GEW NRW, der mit einem historischen Rückblick auf die Jahre 1968, 1978 und 1993 einen Bogen zu den Eintrittsjahren der Jubilär*innen spannte. Ereignisreiche Jahre, in denen Vietnamkrieg, Prager Frühling und internationale Jugend- und Protestbe-

wegungen entbrannten, 1978 der 1. FC Köln deutscher Fußballmeister wurde und 1993 mit dem Brandanschlag in Solingen bereits die Asylpolitik in Deutschland beschäftigte. Durch den Abend führten Beate Kleifgen und Wolfgang Raabe, der – selbst Jubilar – extra von der Insel Neuwerk angereist war. Von den insgesamt einhundertvierzig Jubilär*innen dieses Jahr waren rund ein Viertel zur Feier gekommen, davon allein fünf Kolleg*innen mit stolzen fünfzig Jahren Gewerkschaftsmitgliedschaft. Interessant waren dann auch ihre kleinen Anekdoten, die sie aus ihrem langen Berufsleben zum Besten gaben. Kolleg*innen der einzelnen Fachgruppen hatten im Vorfeld recherchiert und über-

nahmen die Ehrungen der Jubilär*innen. Nach Büffet und Musik von DJ Dr. Green leitete Josef Piek mit Gitarre in einen lustigen Mitsingabend über. Begeistert nahmen die Kolleg*innen die Möglichkeit an, bekannte Klassiker aus Rock, Pop und kölschen Liedern gemeinsam zu singen, mit zu tanzen und mit zu schunkeln. Piek, selbst angestellter Lehrer an der Gesamtschule Holweide, spielt regelmäßig mit Bands wie Heinz Rudolf Kunze und Köbes Underground und gehört zum Ensemble der „Stunk Unplugged“. Ein gelungener schöner Abend, den viele Kolleg*innen verpasst haben. Wir freuen uns bereits jetzt schon auf das Fest im nächsten Jahr und auf Euren Besuch!

(weitere Bilder der Feier unter www.gew-koeln.de > Unsere Themen > Neuigkeiten aus Köln)

50 Jahre

Roswitha Siebeck
Christiane Specht-Schüler
Herbert Spille
Heike Stein
Gudrun Steinmeyer-Bartella
Günther Steppkes
Maria Tholen-Hummert
Barbara Trudewind
Christiane Waldorf
Gerd Wilmschen
Elsa Zettelmann-Kunde

Hilmar Ankerstein
Wolf Ellerswald
Wolfhard Gier
Ursula Hoffmann
Ute Jacke
Volker Kanth
Ingo Lörcher
Otto Oetz
Brigitte Parscszensky-Ebworth
Achim Schmitz
Brunhilde Seeber

Gisela Gretschmann-Vogt
Rita Großmann
Peter Havers
Gisela Hehemeyer
Werner Hielen-Knabe
Gabriele Hilsenbeck-Fischer
Sylvie Hoffmann
Friederike Hohnen-Dieler
Rolf Jäger
Mechthild Kemper
Jörg Kesselheim
Frank Klingler-Steinbock
Spyros Kostadimas
Elsbeth Kox
Christoph Kraeber
Josef Kreuzt
Richard Kroeger
Arthur Kröhnert
Oda Lang
Michael Liboschik
Agnes Linkhorst-Brinkmann
Mechthild-Ulrike Lunau

Peter Meisig
Heinz-J. Mueller-Keding
Wolfgang Neumann
Udo Niederkrome
Barbara Nies-Westermeyer
Gisela Pflughaupt
Lothar Plaßmann
Christel Poensgen-Dicke
Wolfgang Raabe
Hermann-Josef Rehbach
Rita Rohloff
Brigitte Romunde
Rudolf Schäfer
Vera Schmalen-Johann
Norbert Schmidt
Magdalene Schmidt
Tilo Schmidt
Monika Schmiedt-Schomaker
Hans-Peter Schmitz
Karl Schmitz
Eike Schorn
Eberhard Seelig

Jubilar*innen

Die GEW trauert um Christine Oberhäuser

// Klaus Minartz

Am Samstag, dem 28. April 2018, ist unsere Kollegin Christine Oberhäuser nach kurzer schwerer Krankheit gestorben. Mit Bestürzung haben wir diese Todesnachricht erhalten. Am 1. Juni ist sie auf dem Melatenfriedhof beigesetzt worden. Hunderte von Verwandten, Freundinnen und Freunde, GEW-Mitglieder aus Bund, Land und Stadt und insbesondere viele Kolleg*innen der Gesamtschule Holweide, ihrer letzten Schularbeitsstelle, haben sie in einer von tiefer Trauer geprägten Zeremonie beigesetzt.

In der Trauerhalle würdigte unser Kollege Max-Georg Beier im Namen der GEW die Arbeit von Christine Oberhäuser: „Letztes Jahr haben wir Christine Oberhäuser für ihre 50jährige Mitgliedschaft in der GEW geehrt. Die meisten der 50 Jahre war Christine nicht nur Mitglied sondern aktive Funktionärin. Viele Mitglieder in der GEW Köln kennen die GEW nur mit Christine Oberhäuser!“

Begonnen hat Christine als Lehrerin an einer Volksschule in Hoffnungsthal und ist dort auch sofort in die GEW eingetreten. Nach einer Zwischenstation an einer Hauptschule ist Christine dann zur Gesamtschule Holweide gewechselt und hat wesentlich zum guten Ruf der Schule beigetragen. Sie war Mitglied des Personalrats Gesamtschulen (drei Jahre davon Vorsitzende) und hat sich engagiert und effektiv für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Auch nach der Personalratszeit hat Christine ihr ehrenamtliches Engagement in der GEW beibehalten und war über Jahrzehnte Mitglied im Geschäftsführenden Ausschuss. In dieser Zeit war Christine das Gesicht und die Stimme der Kölner GEW und hatte immer die GEW als Ganzes im Blick. Christine hat über Jahrzehnte zahlreiche Ver-

anstaltungen geleitet und war für ihre sachliche, stets auf das Konstruktive gerichtete Moderation von allen geschätzt. Wer mit ihr zusammen eine Veranstaltung moderieren durfte, hatte immer das Gefühl „heute Abend kann nichts schiefgehen“.

Die Erfahrungen aus der Personalratstätigkeit hat Christine mit in den Aufbau der lokalen Rechtsberatung eingebracht. Wenn es für eine Kollegin oder einen Kollegen am Arbeitsplatz ernst wurde oder wenn eine betriebliche Interessenvertretung nicht mehr weiter wusste, hieß es regelmäßig: „Ruf doch bei der Oberhäuser an“. So hat Christine hunderte von Kolleginnen und Kollegen telefonisch und persönlich beraten und, da ihr Qualität wichtig war, sich immer wieder auf den neuesten Stand gebracht. Noch in diesem Jahr gab es immer mal wieder Kolleg*innen, die sich von „der Oberhäuser“ beraten lassen wollten. Nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand und der Rechtsberatung hat Christine bis zuletzt Aufgaben im Ausschuss für Ruheständler*innen auf Landes- und Bundesebene übernommen. Christine war eine aufrichtige und aufrechte, solidarische, kluge und kämpferische Gewerkschafterin, deren Rat und Tat uns schon jetzt fehlt.

Christine Oberhäuser war eine lebensbejahende mutige Kollegin. Sie hätte herzlich gelacht, wenn sie gehört hätte, wie alle Trauernden in den Refrain eines von Heinz Lehmbrock geschriebenen und gesungenen Liedes mit einer irischen Melodie einstimmten, der in vier Zeilen Christines Arbeit charakterisiert:

„Denn sind Huddel und Brassel mal da,
dann muss ein Anpack her,
dann kommt Christine her
und macht die Sache klar.“

Waldemar Standt

(* 04.06.1942 † 11.07.2018) Stadtverbandsvorsitzender in turbulenten Zeiten

// Ulla Hoffmann

Sich einmischen, mitbestimmen, selbst bestimmen - das war Waldemars Maxime und so wurde er folgerichtig unmittelbar nach seiner Referendarzeit 1971 Mitglied der GEW, in turbulenten Zeiten: Der alte Stadtverbandsvorstand der GEW in Köln war in einer dramatischen Nachtsitzung abgelöst worden und eine junge Truppe hatte das Ruder übernommen.

Die Kassenorganisation war chaotisch und um sie in einen geordneten Zustand zu überführen, wurde ein neuer Kassierer gesucht: Waldemar Standt übernahm! Er brachte mit enorm hohem Arbeitsaufwand Ordnung in das System und sorgte von 1972 bis 1975 dafür, dass die Finanzen der GEW Köln stimmten. 1975 wurde Waldemar Vorsitzender des Stadtverbands, wieder in einer turbulenten Phase der Kölner GEW: Es war die Zeit der Mitgliederversammlungen in überfüllten Sälen mit Protestschildern vor der Tür, Transparenten in den Sälen, mit Antragsfluten, um die Tagesordnung zu sprengen, mit hitzigen Diskussionen, mit ständigen Versuchen der K-Gruppen, die GEW für eigene politische Ziele zu nutzen. Es war die Zeit der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und der Berufsverbote. Waldemar leitete die Versammlungen mit unendlicher Geduld, trotz allem ruhig und versuchsweise vermit-

telnd, aber konsequent gewerkschaftlich, unterstützt von seinen Beisitzer*innen. Die GEW Köln lehnte die Unvereinbarkeitsbeschlüsse vehement ab und wehrte sich erfolgreich gegen ihre Umsetzung: Kein Kölner GEW-Mitglied wurde aus der Gewerkschaft ausgeschlossen - ein Erfolg der Geschlossenheit des Vorstands und der Standhaftigkeit des Vorsitzenden. Bis 1977 war Waldemar Standt Vorsitzender, danach übernahm er andere Aufgaben: Er wurde Mitglied im Bezirkspersonalrat für Realschulen in Köln und setzte sich engagiert und erfolgreich für seine Kolleginnen und Kollegen ein. Als er Schulleiter der Johann-Bendel-Realschule wurde, beendete er seine Personalratstätigkeit, um Interessenkollisionen zu vermeiden. Nun begann er wieder, sich um die Finanzen der GEW zu kümmern. Er wurde Kassenprüfer, zunächst auf Landesebene - dann beim Bund, zuletzt als Sprecher der Kassenprüfer. 2013, nach über 40 Jahren, beendete er auch diese Arbeit, um den Ruhestand zu genießen. Waldemar Standt starb am 11. Juli 2018. Wir verlieren mit Waldemar einen tüchtigen, engagierten, gradlinigen Kollegen, der sein Leben lang für die Gewerkschaft aktiv war und einen fröhlichen und immer hilfsbereiten Menschen, den wir nicht vergessen werden.

Kondolenzspenden an: Alzheimer Stiftung, IBAN: DE62 3702 0500 0008 0634 02, Stichwort, Waldemar Standt



Botanischer Garten

// Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin

Unmittelbar am Dom lag der Alte Botanische Garten. Dieses letzte Stückchen Grün fiel 1859 dem Bau des Central-Bahnhofs zum Opfer. Der Wunsch nach einem neuen Botanischen Garten führt dazu, dass sich am 5. September 1862 ein Komitee aus zwölf namhaften Kölner Bürgern unter Führung des Bankiers Eduard Oppenheim konstituiert. Die Planung eines neuen Botanischen Gartens in Riehl begann. Kaiserin Augusta übernahm die Schirmherrschaft.

Mittelpunkt der neuen, am 14. August 1864 feierlich eröffneten Anlage wurde der sogenannte „Glaspalast“, ein von dem Architekten Max Nohl geschaffener palastartiger Wintergarten aus Eisen und Glas, der sich an den Beispielen des Pariser „Jardin d’hiver“ oder des Londoner „Crystal Palace“ orientierte. Das als Flora bezeichnete Gebäude diente als Palmenhaus, wurde dabei gleichzeitig aber auch für festliche Bälle genutzt.

Die Flora wurde im Zweiten Weltkrieg stark beschädigt, über 120 Bomben fielen im Bereich der Anlage. Die Wiederinstandsetzung des Gartens ab 1948/49 wurde aber gleichzeitig dazu genutzt, zahlreiche Gebäude und Anlagen, die in der Nachkriegszeit als überladen empfunden wurden, abzubauen und einzuebnen. So wurde die Eisenkuppel des Palmenhauses demontiert und das Gebäude nur als einstöckiger Festsaal wieder hergestellt; der 1898 errichtete Konzert- und Festsaal sowie die alten Gewächshäuser wurden vollständig abgebrochen.

2014 wurde das palastartige „Festhaus Flora“ nach dreijähriger Renovierung zum 150. Jubiläum wiedereröffnet. Dabei wurde die Dachgestaltung wieder dem Originalzustand mit einem Kuppeldach angepasst.

Im Jahre 2008 erhielt die Flora Deutschlands erste Palmenallee. Auf der Nord-Süd-Achse des Botanischen Gartens wurden dreißig relativ winterharte chinesische Hanpalmen ausgepflanzt. Sie waren in der Flora aus Sämlingen der 1975 im Tropischen Hof angepflanzten Palme gezogen worden. 2012 wurde der Botanische Garten von der Internationalen Kameliengesellschaft für seine jährlich über 600 Sorten und Arten umfassende Kamelienausstellung mit dem Titel „International Camellia Garden of Excellence“ ausgezeichnet, der weltweit nur an 30 Gärten vergeben wird.

Besondere Attraktionen bei den Gehölzen sind die vielen Arten und Sorten der Magnolien, die Rhododendronpflanzung, die Nadelgehölze, die Ahorne und die Zaubernussgewächse. Dass Bäume und Pflanzen miteinander kommunizieren, kann man u. a. in Büchern von Peter Wohlleben nachlesen. Als Beispiel sei hier genannt: „Hörst du, wie die Bäume sprechen?“.

Frau Dr. Werner lenkte unser Augenmerk bei der Führung durch den Botanischen Garten auf die „grüne“ Apotheke, die für die Erhaltung und Wiederherstellung unserer Gesundheit genutzt wird. Eiben sind uns allen bekannt, sie enthalten Paclitaxel (Taxol), das zur Behandlung von Brust- und Eierstockkrebs eingesetzt wird. Kamille gegen Entzündungen, Baldrian zum Einschlafen und Ingwer gegen Übelkeit, als Tee, Salbe oder Kapsel: Pflanzliche Heilmittel sind allgegenwärtig und beliebt. Mistel, Gingko, Passionsblume und Co. helfen nicht nur als Hausmittel gegen kleine Beschwerden, sondern dienen der Pharmaindustrie auch als Basis für erfolgreich getestete Medikamente. All dies kann man den Informationstafeln im Botanischen Garten entnehmen - einschließlich der Warnung, dass viele Pflanzen giftig und für den Menschen nicht ganz ungefährlich sind. „Alle Dinge sind Gift, und nichts ist ohne Gift. Allein die Dosis macht, dass ein Ding kein Gift ist“, schrieb Paracelsus schon vor 450 Jahren. Die Lehre von den Giften rückt heute nicht nur in der Medizin immer stärker in den Vordergrund, auch für die Lösung von Umweltproblemen sind solide toxikologische Kenntnisse unabdingbar. Ergänzend dazu kann man den Hippokrates zu Rate ziehen mit seinem Ausspruch: „Die Nahrungsmittel sollen unsere Heilmittel sein, unsere Heilmittel sollen unsere Nahrung sein.“ Die Flora als grüne Oase lädt uns alle ein, Neues zu entdecken, zum Flanieren und Entspannen.

Atomschutzbunker

Eine Besichtigung der Aktiven Ruheständler*innen

Auch Köln hatte seine(n) Atomschutzbunker hier im Bereich der Kalker U-Bahn. Dort hätten im Ernstfall wenige Personen zwei Wochen überleben dürfen (oder müssen). Wir werden uns diese Monstrosität anschauen und treffen uns dafür am Donnerstag, 15. November 2018, um 11.15 Uhr im Bereich der U-Bahn-Haltestelle Kalk-Post. Die Führung dauert etwa eineinhalb Stunden und kostet pro Person 5 Euro. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb in der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Einladung zu einer Führung: „Von Beginnen und Bayenamazonen – Frauengeschichte im ‚kölstesten‘ Veedel“

Es geht um die ungewöhnliche Lebensweise der Beginnen im Mittelalter, eine Rechtsberatungsstelle für schwangere Frauen von 1901 und die Frage, wie die Bayenamazonen zu ihrem Namen kamen.

am Freitag, 19.10.2018, um 11.00 Uhr
Kosten: 10 Euro
Treffpunkt : Severinstorburg, Chlodwigplatz
Referentin: Irene Franken, Frauengeschichtsverein

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb in der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Besuch der Gesenkschmiede Hendrichs –

LVR Museum Solingen // **Helga Pennartz, Aktive Ruheständlerin**



GEW-Ruheständler*innen beim Besuch der Gesenkschmiede

Unter einer Gesenkschmiede konnte ich mir erst einmal nichts vorstellen, also vor dem Besuch des Museums Google befragte. Die Ausführungen dort machten mich neugierig, was würden wir zu sehen bekommen?

1886 gründeten die Brüder Peter und Friedrich-Wilhelm Hendrichs die Gesenkschmiede in Solingen-Merscheid. Sie sollte sich binnen weniger Jahrzehnte zu einer der größten Solinger Gesenkschmieden mit insgesamt dreiunddreißig Hämmer entwickeln. In

der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der Schmiedeprozess in Solingen vollständig vom Handschmieden auf das mechanisierte Gesenkschmieden umgestellt. Die Gesenkschmiede Hendrichs kann als typisches Beispiel für diese Entwicklung angesehen werden.

Herr Berger, viele Jahrzehnte Mitarbeiter der Firma Hendrichs, führte uns durch seine frühere Wirkungsstätte. Gleich zu Beginn erfuhren wir, dass noch alle Maschinen, die Fallhämmer, Pressen und Fräsmaschinen, alle Werkzeuge und die Werkbänke für die Werkzeugmacher komplett vorhanden und einsatzfähig sind. So lernen wir bei unserem Rundgang die vier Abteilungen einer Gesenkschmiede kennen:

1. Die Spalterei, in der das Rohmaterial, lange Stahlruten von 4 m bis 6 m Länge, an schweren Pressen auf Maß geschnitten wurden.
2. Die Schmiede, in der die Rohlinge im Gesenk geschlagen wurden und dabei ihre Form erhielten.
3. Die Schneiderei, in der anschließend das überflüssige Material – der Flügel – abgetrennt wurde.
4. Die Werkzeugmacherei, in der die Werkzeuge zum Schmieden (Gesenke) und Entgraten (Schnitte) hergestellt wurden.



Vom Spaltstück zum Rohling – Werdegang einer Schere

In allen vier Abteilungen wurde für uns „gearbeitet“, damit wir eine Vorstellung von dem Herstellungsprozess einer Schere (176 einzelne Arbeitsschritte), denn auf dieses Produkt hatte sich die Firma Hendrichs spezialisiert, bekamen.

Die Maschinerie wurde über Transmission betrieben, deshalb wurden ein Kesselhaus und ein Maschinenhaus für die Dampfmaschine benötigt. 1956 wurde diese durch einen Dieselmotor ersetzt. Hinzu kamen Lager für die Rohlinge und die Werkzeuge. Zur Gesenkschmiede Hendrichs gehörte auch eine Dampfschleiferei, in der selbstständige Schleifer*innen (Heimarbeiter*innen) einen Arbeitsplatz gemietet hatten.

1986 stellte die Firma Hendrichs die Betriebstätigkeit ein. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) erwarb die Fabrik mit dem kompletten Inventar und der anliegenden Fabrikantenvilla und sie wurde Teil des LVR-Industriemuseums. Es ist ein ganz besonderes Museum, denn hier wird immer noch gearbeitet: Die Treibriemen surren, die Öfen glühen und der Hammer schlägt. Es herrscht eine ganz besondere Atmosphäre, die fasziniert und neugierig macht.

Das Bensberger Rathaus und das Schloss

Eine interessante Führung mit Markus Juraschek-Eckstein // **Helga Löbbert, Aktive Ruheständlerin**

Wenn man aus der rheinischen Tiefebene, dort, wo der Dom steht, ins Bergische fährt, mutet der Rathauturm von Bensberg wie ein Kirchturm an. Was nicht weiter verwunderlich ist, da die Architektenfamilie Böhm viele Kirchen gebaut hat. Beschäftigt man sich aber näher und länger mit dem Rathausbau, so ist er alles andere als klerikal, eher ein Pfeiler der Demokratie.



Das von Gottfried Böhm von 1964 bis 1969 erbaute Rathaus verbindet Geschichte und Gegenwart.

Da nach dem zweiten Weltkrieg nicht mehr so viele Denkmäler für die Denkmalpflege übrig waren (man hatte allseits und überall auch Denkmäler mit Bomben beworfen) musste man neue Wege gehen. Jetzt galt es, verbliebene Altbauten zu erhalten und Neues darauf aufzubauen. Böhms Architektur schafft dies in höchster Vollendung. Er verbindet die Altbauten der Burg mit einem Neubau aus Glas und Beton. Der Ratssaal ist an die Rückwand der Burg angelehnt und öffnet sich mit einer Glaswand zum Hof, damit das Volk, wenn es sich denn auf dem Innenhof befindet, dem Rat beim Regieren zusehen kann.

Transparenz ist eine Säule der Demokratie. Das Kölner Gerangel, wer, wann, wo, was gewusst hat beim Besetzen von gut dotierten Posten, ist ein anschauliches Beispiel feh-

lender Transparenz. „Durch die dunkel getönten, rahmenlosen Fensterbänke wird der Burghof zu einem für Freiluftveranstaltungen nutzbaren intimen Raum“, so der Flyer ‚Gottfried Böhm: Bauten in Bergisch Gladbach‘.

Ein Rathaus-Hof, der seinen Bürger*innen einen Platz zum Feiern bietet, ist ein optimales Zeichen für Demokratie und Nähe zum Volk. Geht man von außen nach innen, stellt man fest, dass durch die Laubengang-Architektur alle Räume Tageslicht haben. Die Treppenhäuser sind nach außen gelegt und folgen dem Aufstieg der Stufen des Rathauturmes. Ganz oben angelangt hat man sicher einen wunderbaren Blick dahin, wo wir herkamen. Bis oben sind wir nicht gestiegen und gönnten uns dann den Blick – nicht minder perfekt – von einem anderen Ort. Böhms Bürgerburg, diese optimale Komposition von Mittelalter und Moderne, verließen wir, um uns gleich nebenan im Barock wiederzufinden.

Im 18. Jahrhundert ließ sich Kurfürst Jan Wellem aus Düsseldorf, einer der mächtigsten Grafen seiner Zeit, Schloss Bensberg quasi als Jagdhütte bauen, mit vielen Zimmern für viele Jäger*innen. Das hätte ich als Düsseldorfer auch getan. Die Allee vom Schloss weg in die Gegend war und ist noch exakt auf den Kölner Dom ausgerichtet. Man erinnere sich: Dieser hatte zu jener Zeit noch keine Türme, war aber wohl als großes Gebäude vor dem Horizont zu erkennen. Jan Wellem konnte nicht nur seinem Rivalen, dem Kölner Kurfürsten, in den Teller gucken, sondern links und rechts davon lagen Bonn und Düsseldorf in seinem Blick. Leider konnte er die Übersicht über das Linksrheinische nicht so lange genießen. Er starb 1716.

So richtig Verwendung fand nun keiner für den Bau. Napoleon nutzte ihn, um seine Truppen unterzubringen. Ab 1830 ergibt sich eine gewisse pädagogische Nutzung: Von 1830 bis 1918 war es preußische Kadettenanstalt. Nach 1918 durften keine Kadetten mehr in Anstalten gedrillt werden. Zweifelhafte Pädagogik zog dort ein, als während der Nazi-Zeit in einer Napoli-Schule die „germanische Elite“ Schliff bekam. Als Besatzungsmacht nutzten die Belgier*innen das Schloss als Internat. Dann war es mit der Pädagogik vorbei. Heute kann man dort teuer speisen und teuer im Hotel wohnen. Jetzt gibt es auch von dort einen demokratischen Blick ins Land, wenn man denn betucht genug ist.

Liebe GEW-Kolleg*innen,

das Kölner Chorprojekt CANTO2018 wird am 22./23. September Teile des CANTO GENERAL von Pablo Neruda in der musikalischen Fassung von Mikis Theodorakis in der Trinitatiskirche in Köln als Benefizkonzerte u. a. für eine Musikschule in einem chilenischen Armenviertel aufführen. Wir laden dazu herzlich ein!

Karten können unter canto2018tickets@online.de bestellt werden.

Benefizkonzert
CANTO GENERAL
 Neruda/Theodorakis

Trinitatiskirche
 Filzengraben 4, 50676 Köln
 Samstag, 22. 9. 2018, 19.00 Uhr
 Sonntag, 23. 9. 2018, 18.00 Uhr
 Eintritt € 15/10
 Kölner Chorprojekt CANTO2018 - Vorverkauf: canto2018tickets@online.de

Einladung zur Ausstellung „Malen ohne Umschweife“ mit Bildern von Gabriele Münter

Museum Ludwig: Donnerstag, 13. Dezember 2018
Treffpunkt an der Museumskasse: um 13.45 Uhr
Dauer der Führung: 60 Minuten
Kosten: 9 Euro

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb in der GEW-Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon: 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

Ab 15.30 Uhr haben wir im Museumscafé für unseren traditionellen Adventskaffee Plätze reserviert; dazu bitte bei Teilnahme ebenfalls anmelden.

Besichtigung des Gestüts Röttgen am 21.9.2018

Eine 11 km lange und über 2 m hohe Mauer in Köln-Rath umschließt das weltberühmte Gestüt Röttgen, das sich seit 1918 im Besitz der Familie Mühlens befindet. Bei dieser Führung erhalten wir einen Einblick in die Konzeption und Organisation eines Gestüts.

Die Exkursion findet weitgehend im Freien statt, bitte an ansprechende Kleidung und Schuhwerk denken. Weiterhin ist darauf zu achten, genügend Abstand zu den Pferden zu halten und den Anweisungen des Personals Folge zu leisten.

Treffpunkt ist um 14.50 Uhr am Haupteingang Eiler Straße 10.

Anreise mit der Straßenbahn Linie 9 bis Königsforst, weiter mit dem Bus 154 Richtung Porz Markt bis zur Haltestelle Schloss Röttgen oder mit Linie 7 bis Porz Steinstraße, umsteigen in Bus Linie 154 Richtung Waldbad wieder bis Haltestelle Schloss Röttgen.

Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, deshalb bei der GEW Geschäftsstelle (E-Mail: kontakt@gew-koeln.de oder Telefon 0221-516267) verbindlich anmelden und im Verhinderungsfall auch wieder abmelden.

The logo for GEW (Gewerkschaften) features the letters 'GEW' in a bold, white, sans-serif font. The letters are set against a red background that is shaped like a stylized, slanted 'Z' or a thick, slanted '7'. The red background is positioned on a grey horizontal band at the top of the page.

Einladung zur Mitgliederversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der nächste Gewerkschaftstag der GEW NRW findet vom 23.-25. Mai 2019 in Essen statt.
Dies ist der sog. „große“ Gewerkschaftstag, bei dem auch ein neuer Landesvorstand gewählt wird.

Die Fristen für Anträge und Delegiertenmeldung liegen Mitte Januar 2019.

**Zur Vorbereitung auf den Gewerkschaftstag
laden wir alle Kölner GEW-Mitglieder
zur Mitgliederversammlung ein am**

**Mittwoch, 21. November 2018, 18.00 Uhr
im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1,
Großer Saal (1. OG).**

VORLÄUFIGE TAGESORDNUNG:

1. Berichte von Aktivitäten des Stadtverbands der letzten Zeit
2. Wahl der Delegierten zum NRW-Gewerkschaftstag 2019
3. Anträge zum NRW-Gewerkschaftstag 2019
4. Sonstige Anträge und Verschiedenes

Die Antragsfrist für die Mitgliederversammlung endet am 14. November 2018, eingehend in der Geschäftsstelle.

Mit kollegialen Grüßen

Geschäftsführender Vorstand der GEW Stadtverband Köln